Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz).

Verlag der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Postsendungen franko gegen franko. Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von: Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband) Mk. 3.— für Deutschland (Couvert) fl. 1.70 für Oesterreich (Couvert) Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

№ 14. Donnerstag, 2. April 1885.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat."

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Erklärung.

In der letzten Zeit, namentlich im Monat Januar d. J., waren im „Sozialdemokrat" mehrfach offene und versteckte Angriffe gegen die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags zu lesen.

Diese Angriffe gingen theils von der Redaktion, theils von Korrespondenten des Blattes aus.

Sie bezogen sich vorzugsweise auf das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder in der Frage der Dampfersubvention. Auch ist eine Resolution der Züricher Genossen, die sich gegen die Haltung der Fraktionsmehrheit in dieser Frage aussprach, nicht blos im Parteiorgan veröffentlicht, sondern auch in Einzelabzügen in Deutschland verbreitet worden, offenbar in der Absicht, eine Art „Entrüstungsbewegung" gegen die Fraktionsbeschlüsse hervorzurufen.

Wenngleich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion weiß, daß durch derartige Angriffe ihre Stellung nicht erschüttert werden kann, so betrachtet sie doch ein solches Verfahren für durchaus ungehörig.

Sie bestreitet der Redaktion und den Korrespondenten des Parteiorgans keineswegs das Recht einer selbständigen Kritik; sie erachtet es aber für eine schwere Schädigung der Parteiinteressen, wenn die Beschlüsse der Abgeordneten in einer Weise besprochen werden, welche geeignet ist, die Fraktion in den Augen der fernerstehenden Parteigenossen herabzusetzen.

Das Parteigefühl unserer Genossen, an welches wir appelliren, muß ihnen sagen, daß ein solches Verfahren geeignet ist, die Aktionsfähigkeit der Partei zu vermindern und in wichtigen Momenten gar zu lähmen.

Statt den gewählten Vertretern der Arbeitersache auf solche Weise den schwierigen Kampf gegen übermächtige Feinde noch zu erschweren, sollte jeder Parteigenosse bestrebt sein, den Keim der Zwietracht zu ersticken und das Band der Eintracht fester und fester zu knüpfen.

Insbesondere ist es Pflicht der Redaktion des „Sozialdemokrat", in diesem Geiste zu wirken und nie zu vergessen, daß das Parteiorgan unter keinen Umständen in Gegnerschaft zur Fraktion treten darf, welche die moralische Verantwortlichkeit für den Inhalt desselben trägt.

Nicht das Blatt ist es, welches die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontroliren hat.

Die Fraktion erwartet demgemäß, daß derartige Angriffe in Zukunft unterbleiben, und daß die Redaktion Alles vermeide, was dem Geiste obiger Erkärung zuwiderläuft.

Berlin, den 20. März 1885.

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags.

Klassenjustiz.

Rechtsprechung durch das Volk ist eine sehr schöne Sache, und mit Recht steht diese Forderung auf dem Programm unserer Partei. Dadurch daß das Volk selbst zur Rechtsprechung berufen wird, soll das lebendige, im Laufe der Zeit sich stets modifizirende, stets in Fluß befindliche öffentliche Rechtsbewußtsein der verkörperten formalen Rechtstradition gegenüber gestellt werden, das entscheidende Wort sprechen.

Angeblich sind nun die heutigen Geschworenengerichte ein Schritt zu dieser Demokratisirung des Rechts, wie man es schon genannt hat. Wie aber in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, mag sie der Form nach noch so demokratisch organisirt sein, sich alle öffentlichen Einrichtungen infolge der ökonomischen Uebermacht der Klasse der Besitzenden über die der Nichtbesitzenden in ihr direktes Gegentheil umwandeln, auch hier Vernunft Unsinn, Wohlthat Plage wird, so namentlich mit der Einrichtung der Schwurgerichte. Nicht aus der Masse des Volkes, sondern aus einer Klasse des Volkes, aus der Klasse der wohlsituirten Minderheit, werden die Geschworenen genommen, und das angebliche Volksgericht wird zum Klassengericht. So prägen sich denn auch in den Erkenntnissen der Schwurgerichte die Vorurtheile der besitzenden, bürgerlichen Klasse gewöhnlich in so ausgesprochener Weise aus, daß ihnen gegenüber die Ungeheuerlichkeiten des formalen Rechtes als das bei Weitem geringere Uebel erscheinen.

Geradezu unerträglich aber wird dieses angebliche Volksgericht, wenn die Herren Bourgeoisgeschworenen in einem Konflikt eines ihrer eigenen Klassengenossen gegen ein Mitglied der nichtbesitzenden Klasse, des Proletariats, zu entscheiden haben. Da wird nicht nur Vernunft Unsinn, da wird die brutale Gewalt als Recht sanktionirt, da spricht der tugendhafte Bürgersmann, der das geringste Vergehen gegen das Eigenthum nicht streng genug zu ahnden weiß, leichten Herzens den Mörder frei, wenn dieser Mörder sein Klassengenosse und das Opfer desselben so ein „Lump" ist, der nichts hat.

Beispiele dafür liegen in großer Zahl vor — wir erinnern beispielsweise nur an die Freisprechung des Gutsbesitzers Ramin, der seinen Taglöhner erschossen hatte —, man braucht nur die Annalen der Schwurgerichte zu studiren. Die meisten derartigen Fälle werden eben in weiteren Kreisen nicht bekannt, mit einem Bericht in den Lokalblättern ist die Sache meist abgethan. Es muß schon ein sehr pikanter Fall sein, wenn die übrige Presse von ihm Notiz nehmen soll.

„Pikant" mag der „Fall", der uns zu diesen Bemerkungen veranlaßte, nicht gerade sein, aber er ist so charakteristisch für die heutige Klassenjustiz, so schreiend, daß wir uns, als Organ des Proletariats, verpflichtet fühlen, ihn hier zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Ein Genosse sendet uns aus Königsberg die Nummer 69 der dortigen „Hartung'schen Zeitung" vom 21. März d. J., in der wir unter der Rubrik: „Erste Schwurgerichtsperiode 1885" folgenden Bericht finden:

„Fünfter Fall. Unter sehr großer Betheiligung des Publikums verschiedener Stände wird folgender Fall verhandelt, der besonders wegen des Ausfalls, den der Strafprozeß genommen, von Bedeutung ist. Der Angeklagte ist der Gutsbesitzer Lehrbaß aus Glückshöfen, 26 Jahre alt. Derselbe wird beschuldigt, am 11. September v. J. den Scharwerker Hoyer, einen 60jährigen Mann, vorsätzlich derartig mißhandelt zu haben, daß der Tod desselben verursacht wurde. Hoyer hatte, trotz des Verbotes seines Brodherrn, die Nacht zum 11. September v. J. bei einem andern Besitzer Gras gemäht und war morgens trunken nach Hause gekommen und hatte sich, statt in die Arbeit bei Herrn Lehrbaß zu gehen, zur Ruhe begeben. Als er Nachmittags aufwachte, machte er mit seinen Stubengenossen, einem Schwiegersohn und seinen beiden Töchtern, Skandal, er zog gegen den Ersteren sogar ein Messer; infolge dessen begab sich der Schwiegersohn zum Herrn Lehrbaß, um gegen seinen Schwiegervater Klage zu führen, ja, er verlangte sogar von diesem sein Abzugsattest, denn er wollte nicht länger mit dem Alten zusammenbleiben. Gegen Abend begab sich Herr L. nach dem Insthause, in dem die Familie wohnte, er ließ den Alten hinausrufen, gab ihm eine Ohrfeige und mehrere Schläge, daß er zu Boden fiel. Als ihn Herr L. selbst vom Boden aufhob und nach dem Zimmer führte, klagte Hoyer sofort über Schmerzen in der rechten Seite und wurde zu Bett gebracht, aus dem er sich nicht mehr erhob und in der Nacht zum 14. September verstarb er. Angeklagter bestreitet nicht, den Hoyer geschlagen zu haben, wahrscheinlich will er heute nicht angegeben wissen, da er bei dem Vorfalle sehr aufgeregt gewesen sei. In der Voruntersuchung hat sich derselbe dahin geäußert: Als ich dem H. eine Ohrfeige gab, sagte derselbe, was, auch noch schlagen, da kam mir der Gedanke ein, H. könne vielleicht mit einem Messer stechen und ich hieb auf ihn ein. Daß er den H. mit der Faust in die rechte Seite gestoßen, hat Angeklagter dem Dr. Lux, den er zur Behandlung des H. aufs Gut hinauskommen ließ, wie dieser bezeugte, ausdrücklich zugestanden. Bei der Sektion der Leiche des H., die der Kreisphysikus Herr Dr. Klammroth vornahm, fand er vier Rippen von oben nach unten gebrochen, und sein Gutachten, das er heute wiederholt, geht dahin, daß Hoyer an Lungenentzündung verstorben ist, die hervorgerufen wurde durch die Einwirkung eines stumpfen Gegenstandes; ferner wurde begutachtet, daß ein Fauststoß solche Verletzungen wie die vorgefundenen wohl hervorzurufen geeignet war. Allerdings, fügt Herr Dr. Klammroth diesem Gutachten hinzu, seien verschiedene unglückliche Momente dazu gekommen: einmal das hohe Alter des H., die infolge dessen eingetretene hochgradige Brüchigkeit der Knochen desselben, dann, daß derselbe ein Säufer war, und endlich ein Herzklappenfehler, der bei der Sektion vorgefunden wurde. Es ist anzunehmen, daß ein Mensch, der nicht an solchen Krankheitszuständen leidet, wohl die Mißhandlung ausgehalten hätte, ohne das Leben einzubüßen.

Die königliche Staatsanwaltschaft hält nach solcher Sachlage ihre Anklage aufrecht, umsomehr, als Angeklagter ein Mensch ist, von dem man sich solcher That wie der zur Sprache gebrachten wohl versehen könne, denn, wie der Herr Vorsitzende festgestellt, hat Angeklagter einstens im Gasthause zum Kronprinz in Labiau, ohne Veranlassung, einem Apothekergehülfen ein Bierseidel an den Kopf geworfen, welcher Einfall infolge einer Einigung geschlichtet wurde. Die Annahme mildernder Umstände stellt der Staatsanwalt den Geschworenen anheim. Herr Justizrath Hagen als Vertheidiger spricht sich dahin aus, daß die Geschworenen nicht mit voller Bestimmtheit den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Körperverletzung und dem Tode des Hoyer als erwiesen annehmen könnten, jedenfalls aber ständen dem Angeklagten mildernde Umstände zur Seite. Auf Veranlassung des Staatsanwalts war die Schuldfrage dahin gestellt, ob Angeklagter schuldig sei, a) den H. mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung vorsätzlich gemißhandelt zu haben; b) daß dadurch der Tod des H. verursacht wurde. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten der vorsätzlichen Mißhandlung schuldig, nahmen aber nicht für erwiesen an, daß dieselbe in einer das Leben gefährdenden Weise verübt und durch sie der Tod des Verstorbenen verursacht worden ist. Demgemäß mußte der Gerichtshof den Angeklagten freisprechen, da es zu der Bestrafung wegen einfacher Mißhandlung des Strafantrags des Verletzten bedarf."

Kommentar überflüssig, könnten wir eigentlich hier sagen, denn was wäre diesem Bericht wohl noch beizufügen?

Ein brutaler Raufbold mißhandelt einen alten Arbeiter derart, daß derselbe zusammenbricht und drei Tage darauf stirbt — und die Herren Geschworenen nehmen für „nicht erwiesen" an, daß diese Mißhandlung in „einer das Leben gefährdenden Weise" verübt worden sei — natürlich! dem Lehrbaß war ja ganz unbekannt, daß Hoyer ein 60jähriger hinfälliger Mann war, so unbekannt, daß er bei dem Gedanken an die bloße Möglichkeit, Hoyer könnte sich zur Wehr setzen, wie ein Besessener auf ihn losschlug. Da mußte ja Freisprechung erfolgen. Was sollte aus der bestehenden göttlichen Weltordnung werden, wenn der Gutsbesitzer nicht mehr das Recht hat, seinen Taglöhner wie einen Hund zu prügeln? Ja, wenn der 60 Jahre alte Mann, statt empört auszurufen: „Was, auch noch schlagen?" sich dem 26jährigen Patron gegenüber wirklich zur Wehre gesetzt und ihn durch irgend einen Zufall lebensgefährlich verletzt hätte, ja Bauer, das wäre ganz etwas Anderes!

Beiläufig: welchen Einblick gewährt dieser Prozeß in die Lage unseres Landproletariats! Warum hat Lehrbaß den Hoyer zu Tode geprügelt? Weil derselbe Streit mit seinen Töchtern hatte? Schwerlich. Hoyer hatte das „Verbrechen" begangen, Nachts für einen anderen Besitzer Gras zu mähen — eine Arbeit, die ein alter Mann, der den Tag über gearbeitet hat, schwerlich übernimmt, wenn ihn nicht die Noth dazu treibt. „Hoyer war ein Säufer," heißt es sodann. Nun, man weiß, weshalb diese ostpreußischen Tagelöhner gezwungen sind, im Schnapsgenuß Ersatz für die verausgabte Arbeitskraft zu suchen, im Schnapsgenuß, dem ihre edlen Herren, die nicht auf ihn angewiesen sind, keineswegs abhold sein sollen. Und wenn ein 60jähriger Mann, der eine Septembernacht — die bekanntlich schon recht kalt sind — hindurch gearbeitet hat, gegen Morgen trunken nach Hause kommt, es braucht wahrlich nicht viel Alkohol, um diese Wirkung hervorzurufen.

Nein, hier gibt's keine Beschönigung, hier liegt ein Todtschlag vor, ein ganz gemeiner Todtschlag. Wer nicht durch die Brille der Klassenvorurtheile sieht, für den gibt es darüber gar keinen Zweifel. Ja, die Vertreter des formalen Rechts, die Mitglieder des Gerichtshofes, scheinen, obwohl doch auch Klassengenossen des Lehrbach, es nicht über ihr juristisches Gewissen gebracht zu haben, sich über das Skandalöse dieses Urtheils hinwegzusetzen. Einige Tage später finden wir nämlich in den Königsberger Blättern folgende Notiz:

„Heute verkündete der Schwurgerichtspräsident, Herr Landgerichtsdirektor Bartsch, den Schluß der ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode, wobei er Veranlassung nahm, den Geschworenen Dank auszusprechen für die Pflichttreue und Aufmerksamkeit, mit der sie ihres Amtes gewaltet haben. Er könne konstatiren, daß eben diese Pflichttreue wesentlich dazu beigetragen habe, die Geschäfte zu erleichtern, und daß ihre Sprüche im Großen und Ganzen mit der Ueberzeugung des Gerichtshofes übereingestimmt haben — bis auf einen Fall, der nicht weiter zu erörtern ist."

Nun, die Gründe, welche nicht nur den Präsidenten, sondern auch die Königsberger Bourgeoispresse veranlassen, den „Fall nicht weiter zu erörtern", kann man sich leicht vorstellen, — von so etwas spricht man nicht gern.

Die gelehrten Richter haben ihre juristische Ehre gewahrt, und damit ist die Sache abgethan.

Der Proletarier ist todt und sein Mörder frei — ein angesehener Mann.

Das ist und bleibt das Fazit der modernen Klassenjustiz.

Die Fortsetzung des Artikels: „Die Unbesiegbarkeit der Sozialdemokratie" folgt in nächster Nummer.

Soziales aus Amerika.

Meinem Versprechen und der Aufforderung Seitens einiger Genossen, Etwas über die hiesigen Verhältnisse zu berichten, will ich hiemit nachkommen. Ein Theil dessen, was ich sagen werde, ist freilich schon zu verschiedenen Malen an das Partei-Organ berichtet worden, wird aber immer noch von den Genossen nicht genug beachtet, (was ich aus eigener Erfahrung weiß). Denn wenn vor dem Auswandern abgerathen wird, heißt es gewöhnlich: Schlechter wie hier, kann es mir da drüben auch nicht gehen; oder: Wenn es mir nicht gefällt, so gehe ich einfach wieder! Schöner Gedanke, aber es kommt meistens anders, da es hier Manchem schlechter geht wie draußen, und das Fortgehen auch leichter gesagt wie gethan ist. Die Dampfschiffs-Gesellschaften befördern Niemand umsonst, zu Fuß kann man auch nicht gehen, da bis jetzt noch keine Brücke über den Ozean gebaut ist.

Nun zur Sache selbst. Für den Deutschen, der hier ankommt, ist das erste Hinderniß die Unkenntniß des Englischen. Es ist ein gar merkwürdiges Gefühl, wenn man angesprochen wird und kein Wort versteht, auch keine Antwort geben kann. Es gibt zwar in allen Städten eine ziemlich große Anzahl Deutscher; doch ist englisch die Hauptsprache. In den Städten sind immer mehr Arbeiter als verlangt werden; ich wandte mich daher ins Land, wo das Angebot nicht so groß ist, da nicht jeder ins Land gehen mag. Ich will deshalb auch hauptsächlich über die Verhältnisse im Lande berichten, und extra darauf aufmerksam machen, wo die Städte auch mitgemeint sind.

Seit einem Jahre bin ich jetzt hier in Palmyra, habe aber schon in drei anderen Orten gearbeitet. Ich wechselte stets um mich zu verbessern, indeß vergeblich, denn ich könnte eben so gut noch an meinen ersten Platze sein. Palmyra ist etwa 350 englische Meilen nordwestlich von New-York entfernt. Das Klima ist wohl nicht zu den gesündesten zu zählen, denn der Witterungswechsel geht hier zu schnell vor sich. Heute ist es sehr warm, um am nächsten Tage schon ganz empfindlich kalt zu sein. Verkehrswege hat es hier genug: Eisenbahnen und Kanäle durchkreuzen das Land kreuz und quer. Mehrere gehen sogar ein und denselben Weg. Da ist z. B. die N.-Y.-Central-Bahn, welche von Osten nach Westen führt, dieselbe hat vier Geleise, (die einzige Bahn in der Welt mit vier Geleisen). Auf einem Geleise gehen die Personen-Züge nach Westen, auf dem andern nach Osten, so daß kein Zug auf den andern zu warten braucht, wie dies bei einspurigen Bahnen der Fall ist. Auf den zwei anderen Geleisen wird die Fracht befördert, und zwar nach gleichem Modus wie die Personen-Züge. Mit dieser Bahn parallel geht eine zweite Bahn, und den gleichen Weg führt noch auf eine zweite Strecke von 350 Meilen ein Kanal, auf welchem viel Getreide, Kohlen u. s. w. befördert werden; doch nimmt der Verkehr auf den Kanälen mit jedem Jahre ab, da ja auch nur im Sommer gefahren werden kann. Der in Rede stehende Kanal hat zirka 185,000,000 Mark gekostet. Das Reisen ist hier, abgesehen vom Fahrpreis, ziemlich kostspielig, wenn man auf Hotels angewiesen ist, denn da ist der Durchschnittspreis 8 Mark pro Tag.

Zwischen den Orten mit 2—5000 Einwohnern hier und denen gleicher Größe in Deutschland ist ein großer Unterschied. Dieselben haben hier ein freundlicheres Ansehen und zeigen mehr Geschäftsleben. Das richtige Geschäftsviertel umfaßt hier nur eine oder zwei Straßen, wo sich die Läden, Hotels, Banken, kurz alle Geschäftslokale, eins neben dem andern befinden. Um diese Straßen gruppiren sich die Wohnungsquartiere — mit Bäumen angepflanzte Straßen. Die Häuser, meistens zweistöckig, sind gewöhnlich von Holz und werden nur von einer Familie bewohnt. Bei jedem Hause ist ein Garten, was ersterem ein freundliches Aussehen gibt. Ein Ort mit einigen Tausend Einwohnern nimmt infolge der vielen Gärten daher einen großen Flächenraum ein. An Wochentagen ist es in den Straßen ziemlich lebhaft, um so einsamer ist es am Sonntag, da dann alle Geschäfte geschlossen sind, selbst die Wirthschaften, infolge des Sonntags-Gesetzes und der Agitation der Wasserstimpel (Temperenzler). Trotz alledem sieht man auch Sonntags Betrunkene, da die Wirthschaften hinten geöffnet sind, und dann bei verhängten Fenstern gekneipt wird. Dieselbe Ruhe herrscht Sonntags in den Städten, denn dort ist die Polizei noch schlimmer. Die meisten Leute gehen Sonntags zur Kirche, an denen hier kein Mangel ist, der kleinste Ort hat gewöhnlich 5—6 solcher Verdummungs-Anstalten aufzuweisen. Auffallend ist, daß jeder kleine Ort einen Skating-rink (Rollschuh-Bahn) hat, wo sich männlich und weiblich täglich stundenlang herum tummelt. Sonst gibt es hier kein Vergnügen, als dann und wann einmal eine Theater-Vorstellung von einer wandernden Truppe. In den hiesigen Wirthschaften ist von einem Tisch oder Stuhl keine Spur, das Getränk wird an der Bar (Schenktisch) im Stehen getrunken, — von einem gemüthlichen Beisammensein kann also auch hier nicht die Rede sein.

Hier ist nur Geld die Loosung, gleichviel wie es erworben wird. Wenn ein Ladenbesitzer, der seine 150,000 Mark werth ist, (wie der Amerikaner sagt) eigenhändig seinen Laden oder Straße fegt, so kümmert sich Niemand darum, Arbeit schändet hier nicht. „Ein Jeder kann es hier zu etwas bringen", wenn er smart (klug) ist, sagt der Amerikaner, aber auch von Deutschen habe ich diesen Unsinn schon gehört. Der Amerikaner ist überhaupt stolz auf sein Land. Er sagt: Es ist das beste und reichste Land der Welt". Freilich das Land ist schon recht, aber die heutige Gesellschafts-Ordnung ist nichts nutz.

Was den Verdienst anbetrifft, so erhält ein Knecht bei einem Landwirth 50—75 Mark monatlich, nebst Kost und Logis, dafür muß er aber sein Geschäft verstehen und hart arbeiten, wie überhaupt hier von Arbeitern mehr verlangt wird als in Deutschland. Ferner wird er nicht für's ganze Jahr engagirt, sondern auf 4—8 Monate, die übrige Zeit muß er für wenig Geld oder nur Kost und Logis arbeiten. Auch bekommt er bei seiner harten Arbeit nur drei Mal per Tag zu essen, und nicht wie draußen fünf Mal. Eine Magd erhält 6—8 Mark per Woche nebst Kost und Logis. Klempner, Hufschmide, Stellmacher erhalten 3—7 Mark pro Tag. In letzteren Geschäften, wie noch in verschiedenen anderen, wird aber ganz anders gearbeitet wie draußen, so daß ein Deutscher von vorne zu lernen anfangen muß. In der Schneiderei werden hier mehr Frauen als Männer beschäftigt, da dieselben selbstverständlich billiger arbeiten. Ein Schneider erhält durchschnittlich 32—40 Mark, Frauen oder Mädchen 12—20 Mark per Woche, wobei man sich nur wundern muß, wie letztere von solchem Verdienst leben können. Eisenbahnarbeiter erhalten für ihre schwere Arbeit, wobei sie noch jedweder Witterung ausgesetzt sind 4—5 Mark pro Tag. Ich könnte noch andere Geschäfte anführen, doch wird das Gesagte genügen. — Die Ausgaben, welche ein lediger Mann hat, sind Kost und Logis 16—20 Mark per Woche. Hemd zum Waschen 40 Pfg., Kragen 8 Pfg., Taschentuch 6 Pfg., Socken 20 Pfg. u. s. w. Ein Gläschen Bier 20 Pfg., eine gewöhnliche Cigarre, 20 Pfg. — Ich glaube ein verheiratheter Mann kann billiger leben als ein lediger, vorausgesetzt, daß er eine tüchtige Frau hat. Einige seiner Ausgaben will ich hier anführen: Miethe 20—24 Mark per Monat, Holz, ein Cord = 3.624 Kubikmeter 20 Mark, Kohlen 1 Mark 26 Pfg. per Ztr., Schweinefleisch 44 Pfg. per Pfund., Rindfleisch 40—64 Pfg., Schmalz 48 Pfg., Butter 80—100 Pfg., Kartoffeln 120—160 Pfg. per Bushel = 35¼ Liter, Mehl 12—16 Pfg. per Pfund, Eier 64—120 Pfg. per Dutzend. Ein Herren-Anzug nach Maß kostet, wenn er einigermaßen sein soll, 100 Mark, Stiefel 28—40 Mark. — Fertige Kleider, Schuhe, Hemden u. s. w. sind fast ebenso billig wie draußen.

Was nun die Geschäftslage im Allgemeinen anbetrifft, so sieht es schlecht aus im ganzen Land. Die Geschäfte gingen wohl noch nie so schlecht wie augenblicklich. In jeder Stadt sind Tausende von Arbeitslosen. Da heißt es denn gewöhnlich: „Von Zeit zu Zeit muß eine solche Krisis kommen." Oder: „Das Geschäft geht jedesmal im Jahre der Präsidenten-Wahl schlecht." Doch das sind alles nur Ausreden, denn wir Sozialisten kennen die Krankheit besser, wir wissen aber auch die Arznei dafür. Leider liegt unsere Partei hier noch in den Windeln; im Lande haben die Wenigsten vom Sozialismus auch nur etwas gehört, von einem Begreifen desselben gar nicht zu sprechen. Dann und wann trifft man Einen, der einmal davon etwas hat läuten hören und dann die längst vergessene Redensart vorbringt: Ja die Sozialisten wollen theilen und alles ermorden. Freilich, wie können sie Belehrung finden, wenn die Zeitungen, welche diese Leute lesen, um kein Haar besser sind als die Reptilien-Blätter draußen? Wenn sie etwas vom Sozialismus berichten, so sind es Beschimpfungen oder Verleumdungen; aber wie der Heldengreis geschlafen hat und ob er guten Appetit hat, dies wird alles getreulich berichtet, so daß man glauben könnte, in einer Monarchie zu leben und nicht in einer Republik, welche auf ihre Freiheit so stolz ist. Worin besteht denn hier die Freiheit? Daß man vielleicht seine „Majestät im Frack" einen Esel heißen kann, oder daß wir bis jetzt noch kein Sozialisten-Gesetz haben? Das ist so ziemlich die ganze Freiheit; denn ökonomisch ist der Arbeiter mitunter noch abhängiger wie draußen. Bei einem Streike kommen Polizei und Soldaten dem Kapitalisten sofort zur Hülfe.

Die Freiheit zu verhungern hat man auch, und davon wird leider täglich Gebrauch gemacht, und dies in einem Lande, welches so fruchtbar ist, soviel hervor bringt, daß die Bauern im Westen das Getreide zu Feuerung benutzen, da es billiger als Kohle ist. Auch die Freiheit, sich selbst das Leben zu nehmen, hat man hier, vorausgesetzt daß man es vollbringt, denn wenn man nicht erfolgreich ist und sein Vorhaben nicht ganz ausführen kann, so wird man nachher bestraft. Das Gerichtswesen ist überhaupt gerade wie im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte: die kleinen Diebe hängt man, die Großen läßt man laufen. Oft überkommt einem der Zorn, wenn man von diesen willkürlichen Verurtheilungen liest: hat einer aus Noth eine Kleinigkeit gestohlen, so erhält er eine hohe Strafe; aber die großen Spitzbuben, welche Millionen gestohlen haben, läßt man erst ruhig nach Canada gehen, bevor man zum Scheine gegen sie vorgeht. Alles dieses zu ändern ist die Aufgabe der Sozialisten, nur der Sozialismus kann hier Besserung schaffen. Dazu gehört aber eine tüchtige Agitation, und fehlt es hiezu namentlich an einem englischen Partei-Organ. Seit dem 1. Januar haben wir jetzt ein deutsches Central-Organ für die Partei: „der Sozialist", dasselbe wird uns gute Dienste thun.

In Deutschland wohnen auf einer Quadratmeile 216.62 Menschen, in Belgien 481.71, und in dem reichen Lande, welches alles selbst erzeugt, was es braucht, in den Vereinigten Staaten 13.92. Bei dieser Zahl ist freilich der Westen in Betracht zu ziehen, welcher bis jetzt noch außerordentlich dünn bevölkert ist. Trotzdem hat es hier, wie ich schon anführte, eine schrecklich große Zahl Arbeitsloser.

Ich könnte noch vieles schreiben, doch ist der Raum des Partei Organs zu beschränkt, deshalb will ich schließen. Ich habe alles geschildert, wie es ist, nichts beschönigt, aber auch nichts dunkler gemalt, als es sich in Wirklichkeit zeigt, und diejenigen Genossen welche mich kennen, werden von der Wahrheit meiner Angaben überzeugt sein. Sollte jemand speziell über etwas Auskunft haben wollen, so bin ich gerne bereit, seine Fragen, soweit ich dazu im Stande bin, zu beantworten. Um nun zum Schluß noch einmal alles zusammen zu fassen, so kann ich nur sagen, daß ich Niemand zur Auswanderung rathen kann. Wer noch einigermaßen sein Auskommen hat, der bleibe lieber draußen, denn da weiß er was er hat; er weiß aber nicht, was seiner hier wartet. Mit sozialistischem Gruß

August Heims, Palmyra, N.-Y.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 31. März 1885

— Nun haben die Franzosen in Tonkin eine ebenso heilsame Lektion empfangen als die Engländer im Sudan — wie dort die Araber, so haben hier die Chinesen den Vertretern der europäischen Zivilisation eine Schlappe beigebracht, von der sie sich sobald nicht erholen dürften. Was wir über den Fall Chartum's schrieben, das könnten wir mit wenigen Modifikationen mit Bezug auf die Niederlage von Langson wiederholen, d. h. mit Modifikationen, bei denen die siegreichen „Barbaren" nur gewinnen, die geklopften Vertreter Europas nur verlieren können. In Tonkin handelt es sich thatsächlich nur um einen Raubzug der beutegierigen französischen Bourgeisie, es gibt auch nicht eine Entschuldigung für den mit — wir wolen nicht sagen beispielloser, denn die Geschichte der Bourgeoisie weist nur zuviele solcher Beispiele auf, — mit schamloser Ungenirtheit vom Zaun gebrochenen Krieg. Und doppelt zu gönnen ist der französischen Bourgeisie diese Niederlage, wenn man sich erinnert, mit welcher Schadenfreude sie die Engländer nach dem Fall von Chartum verhöhnte.

Zunächst freilich hat sie sich an der Mann gehalten, dem sie vor wenigen Tagen noch zujubelte: an Ferry. Das Ministerium Ferry ist gestürzt — die Kammer, die ihm zwei Tage vorher ein Vertrauensvotum ertheilte, hat es ihm am Montag mit erdrückender Mehrheit verweigert. Hat sich Herr Ferry in den zwei Tagen verändert, ist seine Politik eine andere geworden? Mit Nichten. Die Größe unserer modernen Staatsmänner wird auf den Schlachtfeldern entschieden — wir leben nicht umsonst im Zeitalter des Militarismus. Hätte Oberst Herbinger vor Kilua gesiegt, so läge die französische — nicht doch, die ganze europäische Bourgeoisie vor Herrn Ferry auf dem Bauch, kein Mensch würde es wagen dürfen, sein staatsmännisches Genie anzuzweifeln, bei Strafe, sich lächerlich zu machen. — Heute steht seine Unfähigkeit für den letzten Spießbürger so fest wie Bismarcks Unfehlbarkeit.

Nun, Herr Ferry hat seinen Sturz verdient, er war nicht der einzige Sünder, aber er hat den Ruhm dieses „glorreichen Feldzuges" einheimsen wollen, mag er jetzt daher seine Schande tragen. Aber noch einmal, er ist nicht schuldiger als die, welche ihn stürzten. Die Herren Bourgeois in der Kammer wußten so gut wie er, welches Loos der französischen Soldaten wartete, die nach dem Tonkin geschickt wurden, und wenn sie es nicht wußten und doch leichten Herzens für den Krieg stimmten, welchen Vorwurf können sie ihm dann machen? Nicht allwissend gewesen zu sein? Sie waren so gut wie er gewarnt, aber sie wollten nicht hören; und deshalb haben unsere französischen Genossen recht, wenn sie sich nicht mit dem Ruf der Radikalen: Nieder mit Ferry! begnügen, sondern ihn zu dem Ruf erweitern: Nieder mit der Kammer, das heißt mit der Bourgeoisie!

Für Deutschland dürften die jüngsten Erfahrungen der Engländer und Franzosen die wohlthätige Wirkung eines abkühlenden Sturzbades für unsere Kolonialschwärmer haben; an ein Kurieren dieser Leute ist allerdings vorderhand nicht zu denken. Indeß: Hirtenknabe, Hirtenknabe, dir auch singt man dort einmal.

— Zwischen England und Rußland scheint es nun doch in Zentral-Asien zum Klappen kommen zu sollen, die Betheuerungen der friedfertigen Gesinnung nehmen auf beiden Seiten kein Ende, und mittlerweile werden die Rüstungen mit fieberhafter Eile betrieben. Der Ausgang des Krieges kann für beide Länder, ja für die politischen Verhältnisse ganz Europas von verhängnißvoller Bedeutung sein. Eine Niederlage Englands ist nicht denkbar ohne die Revolution in Irland und großartige Aufstände in Indien, die zum Mindesten die englische Herrschaft in Indien bedeutend schwächen, zur Losreißung ganzer Provinzen führen können. Damit wäre aber ein gewaltiges Absatzgebiet für Englands Industrieprodukte unterbunden und die Arbeiterfrage würde in England selbst zu einer Bedeutung sich entwickeln wie nie zuvor — der Bankrott der Gewerkvereinspolitik wäre unvermeidlich, und durch die Gewalt der Dinge würden die englischen Arbeiter dem Sozialismus, der sozialen Revolution in die Arme getrieben.

Eine Niederlage Rußlands aber hieße eine Niederlage des Zarismus, des autokratischen Zarenregiments, eine Konstitution wäre das Geringste, was der besiegte Zar zu bewilligen hätte, und Konstitution heißt für Rußland Revolution.

In beiden Fällen wäre eine Rückwirkung auf das übrige Europa um so wahrscheinlicher, als die Verhältnisse überall so gespannt als möglich sind, die Arbeitslosigkeit überall zunimmt. Insoferne also können wir Sozialisten den Ereignissen durchaus neutral entgegensehen, wir haben in beiden Fällen nur zu gewinnen. Ja, es bedarf nicht einmal einer entscheidenden Niederlage. Nichts schwächt bekanntlich heutzutage die Regierungen mehr als ein langwieriger Krieg.

Wir sagten: neutral den Ereignissen. Mit Vorbedacht. Den Regierungen, besonders der russischen, gegenüber gibt es für uns keine Neutralität, und namentlich haben wir Sozialisten nichts mit der neutralen Haltung gemein, die Bismarck beobachtet, und die einer moralischen Unterstützung Rußlands so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern.

— Wieder ein furchtbares „Grubenunglück" in Oesterreich — ganz in der Nähe der Grube, wo erst neulich die mörderische Explosion statt hatte. Wenn wir die Saarbrückener „Katastrophe" mitrechnen, das dritte große „Grubenunglück" binnen wenigen Wochen im Bereich der ehemaligen deutschen Bundesstaaten. Die „Ursachen" werden natürlich nie genau ermittelt werden — solche Dinge vertuscht man systematisch, und die Untersuchungen, welche pro forma veranstaltet werden, haben nur den einzigen Zweck, die Aufmerksamkeit von der wahren Ursache abzulenken. Diese liegt, wie von unserer Partei schon hundertmal ausgesprochen worden ist, in dem gegenwärtigen Ausbeutungssystem. Es ist erfahrungsgemäß festgestellt und wissenschaftlich nachgewiesen, daß die Gruben-Explosionen unfehlbar verhütet werden können. Diese Explosionen entstehen entweder durch gewisse entzündliche Gase (die sogenannten „schlagenden Wetter") oder durch massenhaft in den Schächten und Stollen herumfliegenden Kohlenstaub, der sehr rasch verbrennt und dabei Explosionen herbeiführt. Weder die „schlagenden Wetter" noch die Kohlenstäubchen können sich aber in gefährlicher Menge ansammeln, wenn eine genügende Ventilation vorhanden ist. Das ist von den ersten Autoritäten Englands, auf welche Liebknecht im sächsischen Landtag anläßlich der Brückenberg-Schacht-Katastrophe Bezug nahm, festgestellt worden. Also die Möglichkeit der Verhütung, der vollständigen Verhinderung liegt vor. Unglücklicherweise sind jedoch die Ventilationsvorrichtungen kostspielig, und da die kapitalistische Produktion nicht das Wohl der Menschen, sondern ihre Ausbeutung bezweckt, so fällt es den Herren Grubenbesitzern nicht ein, sich in die nöthigen Kosten zu stecken. Das Arbeiterleben hat keinen Werth — neue Arbeitskräfte sind stets „billig" zu beschaffen, und so läßt man's denn darauf ankommen. Findet eine Explosion statt — je nun, das ist eben ein „Unglück" — die todten Arbeiter werden durch frische Kräfte ersetzt, und wird in der Grube selbst Schaden angerichtet, so ist der Schaden schon im Voraus von den todten Ausgebeuteten bezahlt — und, wenn nicht, dann wird er nachträglich von den neuen lebenden Ausgebeuteten bezahlt. Das ist der Lauf der kapitalistischen Produktion, und in ihrem Wesen begründet. Und weil es in ihrem Wesen begründet ist, werden diese Menschen-Hekatomben fortdauern, so lange die kapitalistische Produktion und Ausbeutung besteht. —

— In Bielefeld ist Ende voriger Woche der Staat wieder einmal gerettet worden, und zwar in großartigster Weise. Polizei und Militär allein thaten es nicht, es wurde auch obendrein der Belagerungszustand proklamirt. Natürlich waren es die Arbeiter, vor denen der Staat „gerettet" werden mußte, die Arbeiter, die ja eigentlich die besonderen Schützlinge dieses Staates sind. Aber Undank ist nun einmal der Welt Lohn, und ganz besonders scheint dies in Bezug auf die Arbeiterklasse zuzutreffen. Man höre nur.

Seit mehreren Wochen hatten in Bielefeld die Arbeiter mehrerer dortiger Nähmaschinenfabriken Lohnkonflikte durchzukämpfen, in einigen Fabriken hatte man sich geeinigt, absolut hartnäckig verhielt sich den Arbeitern gegenüber die Firma F. W. Koch & Cie. Als alle Versuche, eine namhafte Anzahl der Streikenden durch die Hungerpeitsche zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, fehlschlugen, der Zuzug fremder Arbeiter auch zu wünschen übrig ließ, da wandten sich die ehrenwerthen Herrn an den Vorstand der nahe gelegenen „Arbeiterkolonie" Wilhelmsdorf, Herrn Pastor Bodelschwingh. Und siehe da, der große Arbeiterfreund, der sich in allen konservativen Blättern als Wohlthäter der arbeitenden Klassen ausposaunen läßt, hatte nichts Eiligeres zu thun, als soviel Arbeiter als nur möglich von Wilhelmsdorf nach Bielefeld zu entsenden — richtiger zu verschicken, wo sie in der dortigen Herberge zur Heimath untergebracht und den Herren Koch behufs Unterdrückung ihrer Arbeiter zur Verfügung gestellt wurden.

Das war den Arbeitern Bielefelds denn doch zu arg, und nun begannen die „Unruhen". Den Anfang derselben kennt man aus unzähligen Beispielen. Die Arbeiter versuchen ihre eingefangenen Kameraden zu überreden, von dem selbstverrätherischen Beginnen abzustehen, es fällt hier und da ein hartes Wort, und sofort ist die Polizei da, konstatirt „Bedrohung" und nimmt Verhaftungen vor. So wird die Stimmung immer mehr gereizt, und bei der allgemeinen Sympathie der Gesammtarbeiterschaft Bielefelds war der Tumult, der „Aufruhr" da, man wußte nicht wie. Das war dem Herrn Koch natürlich gerade recht, denn sobald die Militärgewalt Ursache findet, einzuschreiten, haben die Unternehmer fast gewonnen Spiel. Der Belagerungszustand proklamirt, heißt jede Verständigung unter den Streikenden unmöglich gemacht, heißt sie auf Gnade und Ungnade den Fabrikanten überliefern.

Das ist die Hilfe, welche der heutige Klassenstaat den Arbeitern zu Theil werden läßt, dies ist die Unterstützung, die sie von ihm zu erwarten haben. Man bemesse danach den Undank der Arbeiter, wenn sie sich gegen diesen Staat auflehnen, der sie so gut beschützt, wie Bismarck die Kamerun-Neger. Auch diese waren bekanntlich undankbar genug, den preußisch-deutschen „Schutz" abschütteln zu wollen.

Und undankbar, maßlos undankbar erweisen sich die deutschen Arbeiter, wenn sie sich nach so glänzenden Proben nicht von nörgelnden Zweiflern zu begeisterten Verehrern der famosen „Arbeiterkolonien" bekehren. Jetzt werden sie doch hoffentlich begreifen, warum die Realisirung dieser großartigen Ideen von allen Fraktionen der besitzenden Klasse, in liberalen wie konservativen Kreisen, mit Eifer in die Hand genommen wurde, warum an allen Ecken und Enden Arbeiterkolonien entstehen. Denn Arbeiterfreunde sind diese Herren alle, alle.

Mögen also die Arbeiter allerorts aus den Bielefelder Vorkommnissen die nöthigen Konsequenzen ziehen und ihre Freunde gründlich erkennen lernen!

— Der Herr hat's gegeben — nämlich das Kommando zum „sammeln" — der Herr hat's genommen — nämlich das „gelobt — nämlich der Name des Herrn Otto Bismarck — so tönt es jetzt in byzantinistischer Loyalitäts-Verzückung der Chorus der Nationalservilen in Deutschland, nachdem selbst die Servilsten der Servilen einen Moment stutzig gewesen waren ob der affenartigen Geschwindigkeit, mit welcher „Er" — der große Nationalgötze — den Ertrag des „Ottopfennigs" und das „alte Familienstammschloß derer von Bismarck" in seine wohl dotirten Taschen gesteckt hat — Verzeihung! — hat sich lassen.

War das eine Ueberraschung, als es plötzlich hieß, das „nationale Geschenk", die famose „Ehrenspende", die irgend einem „erhabenen nationalen Ziele" zugedacht war, auf Grund der Vorspiegelung eines solch „erhabenen nationalen Zieles" erschnorrt, erbettelt und erpreßt worden ist, sei „im Einverständniß" mit dem großen Nationalgötzen dazu verwandt worden, dessen riesiges, während seiner Amtsführung „erworbenes" und vom „Staate" (der er selbst ist), geschenktes Vermögen noch um 1½ Millionen zu vermehren. Sie standen da, wie niedergedonnert, die Herren Nationalservilen. Welche Enttäuschung! Welche gigantische Blamage für sie, und für den „Gefeierten", der den Spender des „Ottopfennigs" so hübsch in den April geschickt hat. „Das Ansehen des Reichskanzlers ist gefährdet," „sein Ruf ist kompromittirt," „das ist der schwerste Schlag, der ihm je zugefügt worden ist," — nämlich dem Helden des 1. April — so jammerten sie, die Nationalliberalen — allein die vollendete Thatsache war geschaffen, die „Entrüstung" wich für patriotischere Gelegenheiten auf Flaschen gezogen, und nun tönt es in bier- und weingekräftigtem Jubelchor: Der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gelobt!

Und „der Herr" macht ein wonnestrahlendes Gesicht — was ist, was sehen", was ist „Ruf", was schert ihn die spießbürgerliche Moral? Er steht über der Moral, wie er über der Nationalökonomie und über der Logik steht — und die Katze, die Katz' ist gerettet, das alte Stammgut der Bismarck glücklich in den Familienbesitz der Dynastie Bismarck gebracht, ohne daß der hartleibige Otto einen Pfennig zu berappen hat. Wahrhaftig, die Politik ist ein gutes Geschäft — wenn man sich darauf versteht.

Und mit dem Stammgut wird's noch gar nicht gethan sein — die noch übrige Million des „Ottopfennigs" wird sich auch noch praktische Verwendung finden lassen, das heißt eine Verwendung welche dem „praktischen Sinne" des nationalen Aprilhelden entspricht. Wer sucht, der wird finden, sagt die Bibel. —

— Wozu die Steuern erhöht werden müssen. preußischen Landtag wird demnächst ein Antrag vorgelegt werden Gewährung einer immerwährenden Rente von jährlich 300,000 Mark an das „herzogliche Haus von Schleswig-Holstein". Diese Rente soll angeblich das Versöhnungswerk zwischen Augustenburgern und den Hohenzollern, die den Ersteren 1866 beraubten, die Herzogthümer wegschnappten, besiegeln, — den Anfang machen die Ehe zwischen dem Prinzen Wilhelm von Preußen und der Tochter des Herzogs Friedrich. Eine Versöhnung ist nun gewiß etwas Schönes, wie kommen aber die preußischen Steuerzahler dazu, die Kosten dieser Versöhnung zu zahlen? Wird ihnen durch diese Versöhnung irgend eine Unannehmlichkeit, gar ein böser Krieg erspart? Nichten. Kein Mensch spricht mehr von den Ansprüchen der Augustenburger, der verstorbene Herzog hat zudem feierlich auf seine Ansprüche auf die Herzogthümer verzichtet, mit einem Wort, es handelt sich selbst wenn man sich auf den Boden der gegebenen Thatsachen stellt — eine reine Privatangelegenheit der Hohenzollern, um ein Geschenk an ihre, allerdings in ziemlich knappen Verhältnissen lebenden Verwandten; denn „versöhnt" sind die Herrschaften längst. Abelieben Vettern brauchen Geld, und bei der sprichwörtlichen Freigebigkeit der Hohenzollern sind es die beglückten Unterthanen derselben, die den Spaß aus ihrer Tasche bezahlen müssen, denn daß das Abgeordnetenhaus die Summe nicht verweigern würde, wer konnte bei der Preußen-Deutschland grassirenden Hyper-Loyalität daran zweifeln? Nichts etwas kommt höchstens bei den „krämerhaften" Engländern oder bei den „verkommenen" Franzosen vor, welch letztere pietätlos genug sind, für derartige Stipendiaten des Volkssäckels das höchst respektwidrige Wort budgetivores (Budgetschlucker) haben.

— Ueberaus ergötzlich ist es, zu sehen, wie sich die Wut nationalservilen Bismärcker über die mit ihren hochtrabenden Redearten in so schauderhafter Weise kontrastirende Verwendung des Ottopfennigs Luft macht. In ihrer Verzweiflung hauen sie auf die Juden im Berliner Bismarckkomite los, als ob diese den Ankauf Gutes Schönhausen angeordnet hätten, und nicht Er, der Große, Erhabene in höchsteigener Person. Nie hat die deutsche Presse so Bismarckbeleidigungen ungestraft verübt, als in den letzten Wochen, denn all die Liebenswürdigkeiten, welche der servile Chorus Berliner Komite an den Hals warf, fielen auf den spiritus rector selben, und dieser ist kein anderer als der große Otto.

Noch mehr. Wo die ungestrafte Bismarckbeleidigung blüht, fehlt natürlich auch die ungestrafte Majestätsbeleidigung. Der alte Wilhelm hat bekanntlich die Verwendung des Ottopfennigs im Bismarckischen Sinne allerhöchst genehmigt. Es hat also auch er sich nationalen Geist „versündigt". So finden wir z. B. in dem Wutheschrei der servilen „Dresdener Nachrichten" folgende köstliche Perle:

„Fürst Bismarck erlebt an diesem Falle, wie sehr ihn die Zudringlichkeit von Leuten wie Davidsohn und Mendelssohn in schiefe Lage bringen. Wenn nun erzählt wird, daß der Kaiser diesen Verwendungsplan gebilligt habe, so beweist das nur, daß man verstanden hat, die Sache dem Herrn so darzustellen, daß dieser in Gottes Namen Ja gesagt hat. Was läßt sich schon arrangiren. Das Reizendste wäre, wenn Fürst Bismarck an seinem Geburtstage sich für die ihm zugedachte Erhöhung seines Privatvermögens bestens bedankte, dem Deichhauptgärtner ein anständiges Abstandsquantum auszahlen ließe und im Uebrigen die Gelder zu einer großen nationalen Stiftung ungetheilt beschenkte. Dann wäre die Liebedienerei und das aufdringliche Schmarotzertum, das auf seinen Privatvortheil ausgeht, es aber unter ersterbenden

flissenheit zu verstecken weiß, an Bismarcks Geburtstag gründlich in den April geschickt!"

Also „so was läßt sich schon arrangiren"? Das heißt mit andern Worten, der Kaiser ist unzurechnungsfähig, er weiß nicht mehr, was er thut. Deutschlands Schirmherr, der Held auf dem Throne, vor dem sie Alle auf dem Bauch liegen, schrumpft plötzlich zur willenlosen Marionette zusammen, — wehe dem oppositionellen Blatte, das auch nur eine Andeutung in diesem Sinne gemacht, es hätte diese „Frechheit" mindestens mit mehrmonatlichem Gefängniß zu büßen gehabt.

Natürlich sind weder Herr Mendelssohn noch Herr Davidsohn im Berliner Komite maßgebend — Letzterer spielt da nur die Rolle des geduldeten Reporter, — sondern die Herren Gneist, Miquel, Stumm, der „König", Köller, Dietze, Herr Wedell-Pillsdorf, der Herzog von Ratibor u. s. w., u. s. w. Diese Ehrensäulen der staatserhaltenden Parteien gehören also auch zum „aufdringlichen Schmarotzertum". Nun, uns kanns recht sein, das aus konservativem Munde zu hören.

Daß aber nicht diese „Liebediener", sondern ganz andere vom selbstlosen Reichskanzler auf die „reizendste Weise" in den April geschickt worden sind, das ist der Humor davon.

— „Landesverrath" und Preßfreiheit. Am 24. Februar fand in London ein großes Meeting in Memorial-Hall statt, einberufen von der Friedensgesellschaft behufs Protest gegen den Krieg im Sudan. Der Saal war überfüllt, die Anwesenden rekrutirten sich fast ausschließlich aus dem Arbeiterstande; Vorsitzender war Thomas Burt, der Abgeordnete und Gewerkvereinsführer.

Die Veranstalter der Versammlung, schreibt „Commonweal", drückten sich in ihren Reden sehr zurückhaltend aus, sie schienen Angst davor zu haben, etwas zu sagen, was die Regierung verletzen könnte, während man die Jobber, welche den Krieg angezettelt, frei laufen ließ. Da die vorgeschlagene Resolution sehr schwach und unsicher gehalten war, schlug ein anwesendes Mitglied der sozialistischen Liga folgende vor: „Die heutige, hauptsächlich aus Arbeitern bestehende Versammlung ist überzeugt, daß der Krieg im Sudan von der Kapitalistenklasse angestiftet ist, um ihr Ausbeutungsgebiet zu erweitern. Und wir stimmen der Ansicht bei, daß der von den Sudanesen gewonnene Sieg ein Triumph des Rechtes über das Unrecht ist, errungen von einem Volke, das für seine Freiheit kämpft." Der Antragsteller forderte die Versammlung auf, von allen nationalen Unterschieden abzusehen und ihr Augenmerk nur auf die Klassenunterschiede zu richten, und erklärte unter Beifallrufen, daß das englische Volk dem Sieg der Sudanesen zujubeln sollte, weil er von einem Volk gewonnen sei, das gleich uns ein Opfer kapitalistischer Räuber ist.

Die Ausführungen wurden mit Begeisterung unterstützt und die Resolution angenommen.

Die gleiche Resolution ward am 4. März in einer Versammlung im Westminster-Town-Hall, in einer Versammlung des radikalen Vereins von Croydon und in einer Versammlung in Whitechapel angenommen.

Welch' ein „vaterlandsloses Gesindel" sind doch diese englischen Sozialisten! Man denke nur: England führt Krieg gegen die Völker des Sudans, und diese Leute nehmen eine Resolution an, daß sie den Sieg der Feinde mit Freuden begrüßen! Ist so etwas erhört?

Und noch Eins!

Man nehme einmal an, die Geschichte wäre in Deutschland passirt, deutsche Sozialisten hätten es gewagt, eine solche Resolution zu fassen. Welch' ein Geschrei würde sich gegen sie erheben! Hochverrath, Landesverrath — so würde es von allen Seiten ertönen. Man würde die Missethäter sofort einstecken, jede Versammlung auflösen, in welchen auch nur ein Wort in diesem Sinne fiele, jedes Blatt konfisziren, das solch „landesverrätherischem" Vorgehen das Wort zu reden wagte. In England nichts von Alledem. Es fällt keinem Menschen ein, daran Anstoß zu nehmen, daß Leute ihre Meinung frei heraussagen, selbst wenn sie den Leitern der englischen Politik noch so unliebsam ist.

Wir halten es umsomehr für zeitgemäß, solche Beispiele dafür, was man in anderen Ländern unter Preß- und Redefreiheit versteht, zu bringen, weil man in Deutschland, Dank der infamen Bismarck'schen Polizeipraxis, nachgerade jeden Maßstab dafür zu verlieren scheint — nicht nur in den Kreisen der Regierungstreuen.

Was würde in Deutschland z. B. für ein Geschrei entstehen — von allem gerichtlichem Einschreiten abgesehen —, wenn ein Blatt es wagen wollte, etwa Folgendes zu schreiben:

„Unser allergnädigster König, Herr Zollern, hat sich nothgedrungen herbeigelassen, 3000 Mark zu Gunsten der verunglückten Bergleute zu spenden. Herr Zollern bezieht jährlich eine Zivilliste von 12 Millionen Mark, macht pro Tag ca. 33,000 Mark. Man berechne danach, wie viel Stunden der Herr Zollern schlafen mußte, um diese Summe zu verdienen."

Nicht wahr, eine gräßliche Majestätsbeleidigung?

Nun, man setze statt Herr Zollern Herr Koburg, statt verunglückte Bergleute Arbeitslose, verändere die Zahlen ein wenig, und man hat den Wortlaut einer Notiz, die vor wenigen Wochen in der Brüsseler „Voix de l'Ouvrier" stand, ohne daß sich die Hand eines Staatsanwaltes auch nur gerührt hätte.

Es kommt wenig darauf an, ob man solche Aeußerungen schön findet oder nicht, es handelt sich um eine Frage des Rechts. Und wer uns mit der Redensart kommt, daß Preßfreiheit zur „Verrohung der Presse" führt, dem geben wir den Rath, die Berliner Presse mit der Londoner, Brüsseler, Pariser ꝛc. Presse zu vergleichen und uns dann zu sagen, wo die größere Rohheit zu finden ist.

m. Abkommandirt! Bei der entscheidenden Abstimmung über die Dampfersubventionsvorlage (am 27. März) siegte die Samoa-Zweiglinie und schließlich die ganze Vorlage mit einer Mehrheit von nur wenigen Stimmen. Die Sozialdemokraten waren, mit Ausnahme der wegen Krankheit oder dringender Geschäfte beurlaubten Mitglieder (6) vollzählig erschienen; und ihre 18 Stimmen würden, wenn das Zentrum und die Deutsch-Freisinnigen in gleicher Stärke erschienen wären, und ebenso gestimmt hätten wie acht Tage vorher bei der zweiten Lesung, den Ausschlag gegen die Dampfersubvention gegeben und das Gesetz zum Falle gebracht haben. Diese Voraussetzung traf aber nicht zu. Nämlich sowohl das Zentrum als die deutsch-freisinnige Fraktion hatten eine beträchtliche Anzahl ihrer Mitglieder „abkommandirt", weil sie die Abstimmung der zweiten Lesung nicht in Frage stellen wollten. Vom Zentrum kann das nicht Wunder nehmen und es ist ihm auch nicht übel zu nehmen: das Zentrum steht der Dampfersubvention nicht prinzipiell feindlich gegenüber, und es darf aus taktischen Gründen in seinem Kampf mit der Reichsregierung nicht über gewisse, durch sein Interesse vorgeschriebene Grenzen hinausgehen — wie denn auch die Regierung in ihrem Kampf mit dem Zentrum solche Grenzen hat. Anders liegt die Sache mit der deutschfreisinnigen Partei. Als Vertreterin des Manchesterthums steht sie der Dampfersubvention prinzipiell feindlich gegenüber, und ist, kraft ihres Prinzipes, verpflichtet, sie mit allen ihren Kräften zu bekämpfen. Trotzdem kommandirte Herr Richter gut die Hälfte seiner Untergebenen ab, um die Subvention durchzubringen! Aus welchen Motiven? Nun, der Grund ist ein sehr einfacher: die Dampfersubvention ist dem biederen Eugen höchst fatal, allein noch weit fataler ist ihm die Aussicht auf eine Auflösung des Reichstags. Und wenn auch Fürst Bismarck ausdrücklich erklärt hat, er werde wegen Verwerfung der Dampfersubvention nicht auflösen, so weiß Herr Eugen Richter doch, daß Fürst Bismarck die Dampfersubvention wünscht und durch Verwerfung derselben in eine gereizte Stimmung versetzt würde. Und einmal in gereizter Stimmung, könnte er, trotz seiner Erklärung, vielleicht doch auflösen. Der tapfere Eugen aber hält gleich seinem unparlamentarischen Vorbild, dem großen Falstaff, die Vorsicht für den besseren Theil des Muths; und da hat er denn fürsorglich „abkommandirt". Es erscheint das um so hübscher, wenn man bedenkt, daß der brave Eugen acht Tage vorher unmotivirter und unsinniger Weise unserer Fraktion den Vorwurf gemacht hatte, sie habe in der Dampfersubventionsfrage „abkommandirt". Das kennzeichnet so recht den Mann.

— Ein alter Bekannter. Wir lesen in der Münchener „Allgemeinen":

„Ueber die Person des Gouverneurs von Kamerun scheint eine endgiltige Entscheidung noch nicht getroffen zu sein. In einigen Blättern wird gemeldet, daß der älteste Sohn des Ministers von Puttkamer für einen Posten in Kamerun in Aussicht genommen sein."

Sieh' da, Jesko! Der Junge hat wirklich einen guten Geschmack. In den Kolonien, da ist noch etwas zu machen. Wen man daheim nicht verwenden kann, den bringt man in den Kolonien an — das hat die englische Aristokratie schon längst so gemacht, warum soll es ihr die deutsche nicht nachmachen? Der deutsche Steuerzahler hat so wenigstens die tröstliche Gewißheit, daß, wenn die Sache in den Kolonien auch sonst schief gehen sollte, wenigstens gewisse zärtliche Väter der Sorge um ihre theuren Söhne enthoben sind.

Unseren Glückwunsch, Exzellenz Puttkamer!

r. „Demokratisches Blech." Die Herren Lenzmann und Kompagnie scheinen unfähig, die greifbarsten Thatsachen zu begreifen. Welche Thatsache könnte z. B. greifbarer sein, als das Fiasko der „neuen" ächten und einzig wahren „demokratischen Partei"? Und doch fahren die Herren Lenzmann und Kompagnie mit unverwüstlicher Köhlergläubigkeit fort — denn Verstellung können wir bei ihnen nicht annehmen — die „neue" Partei als wirklich vorhanden zu betrachten und auszuposaunen oder auszutrommeln — denn etwas Klappern gehört zum Handwerk: zu Parteigründungen wie zu anderen Gründungen. Auf die so unverwüstliche Köhlergläubigkeit ist es auch zurückzuführen, daß die Herren Lenzmann und Kompagnie soeben ein zweites Organ in das Leben gerufen haben (soweit da von von Leben die Rede sein kann), obgleich das erste: „Die demokratischen Blätter" notorisch an Abonnentenschwindsucht leidet, und — wenn nicht Sozialdemokraten das oft recht gute Artikel bringende Blatt hielten — kein Dutzend Abonnenten hätte. Das gehört aber ebenfalls zu den Thatsachen, welche zu begreifen die Herren Lenzmann und Kompagnie unfähig sind — und so haben sie denn ein zweites Organ in die Welt gesetzt: „Die Rheinisch-Westphälischen Blätter". Und die „Rheinisch-Westphälischen Blätter" erscheinen in Elberfeld — was wiederum sehr charakteristisch ist. In Elberfeld ist nämlich in Folge der starken Entwicklung der Sozialdemokratie so wenig Boden für die „neue" Partei, daß von den paar Mann, welche Herr Lenzmann dort sich zusammengesucht und in einen sogenannten „Ausschuß vereinigt hatte, die meisten, als sie das mit Händen greifbare Fiasko sahen, am hellen, lichten Tag mit Sack und Pack in das fortschrittliche Lager zurückliefen. Indeß auch diese greifbare Thatsache vermochten die Herren Lenzmann und Kompagnie nicht zu begreifen, und — der Sitz des zweiten Parteiorgans wurde nach Elberfeld verlegt.

Da das zweite Organ unzweifelhaft denselben Erfolg haben und demselben Schicksale verfallen wird, wie das erste, würden wir der harmlosen Gründung gar nicht Erwähnung gethan haben, wäre uns nicht der Programmartikel zu Gesicht gekommen, in dem sich ein seltsamer Passus über die sozialdemokratische Partei befindet, so seltsam, daß wir ihn durch Abdruck der Vergessenheit entreißen müssen. Nicht als ob etwas Neues darin stünde. Bewahre! Aber daß es im Programmartikel eines „demokratischen" Organs steht — das ist seltsam oder vielleicht auch nicht. Es heißt hier nämlich:

„Von den Sozialdemokraten unterscheiden wir (reine Demokraten) uns auf wirthschaftlichem Gebiete dadurch, daß wir den privaten Erwerbsbetrieb erhalten und stärken wollen, während jene alles Heil allein von der sozialistischen Produktionsweise erwarten, d. h. den ganzen Staat in eine einzige große Werkstätte verwandeln wollen, in welcher Alle gleiche Rechte und gleiche Pflichten in einer Weise haben sollen, daß für die persönliche Tüchtigkeit des Einzelnen kein Raum mehr übrig bleibt, es also auch keinen Antrieb, sich vor Andern auszuzeichnen, mehr geben kann. Letzterer Umstand aber würde den Rückgang der ganzen menschlichen Gesellschaft herbeiführen; denn wo die einzelnen Glieder sich auf das Allernothwendigste beschränken, da thut dies eben dadurch auch die aus den Einzelnen sich bildende Gesammtheit, womit die Menschheit immer mehr auf den sozialen Standpunkt der Thierheit zurücksinken müßte."

Ei, ei, ei! Der Leser wird jetzt wissen, warum wir diesen Passus des demokratischen Programmartikels der Vergessenheit entrissen und angenagelt haben. Die braven Herren Lenzmann und Kompagnie sind genau in den gleichen vornirten Anschauungen betreffs unserer Partei befangen wie die Herren Eugen Richter und Genossen. Der Sporn und „Antrieb" fällt weg, sobald der „Kampf um's Dasein" geregelt und die Existenz eines Jeden garantirt wird — und die Menschheit verfällt in Barbarei und schließlich in „Thierheit". Ei, ei, ei! sagen wir noch einmal. Die Herren Lenzmann und Kompagnie entpuppen sich mit dieser Kundgebung als vollblütige Freihändler, die wahrhaftig keinen Grund gehabt hätten, sich von der Fortschrittspartei loszulösen. Vielleicht beantwortet Herr Lenzmann uns gelegentlich die Frage, ob die Schiller, Göthe, Shakespeare u. s. w. durch den „Antrieb, sich vor Anderen auszuzeichnen", zu dem gemacht worden sind, was sie waren und sind. Bescheidene Menschen würden nach dieser famosen Theorie gar nichts leisten, und die Eitelsten das Höchste, während es in Wirklichkeit bekanntlich gerade umgekehrt ist.

Und was heißt überhaupt „Antrieb, sich vor Andern auszuzeichnen"? So weit darunter der allen edlen Naturen eigene Trieb, mit dem Geleisteten nie zufrieden zu sein, sondern immer höher und vorwärts zu streben, verstanden ist, wird er sich in der sozialistischen Gesellschaft eben so gut geltend machen können, wie in der heutigen Gesellschaft — nur mit dem einzigen Unterschied, daß, in Folge der besseren Erziehung und der einem Jeden gegebenen Möglichkeit der Ausbildung, die Zahl derer, die durch diesen Trieb vorangedrängt werden, hundert- und tausendmal so groß sein wird als heute, wo die ungeheuere Mehrzahl der Menschen nicht die Möglichkeit hat, sich auszubilden, und nicht die Gelegenheit, „sich vor Anderen auszuzeichnen".

Damit genug. Dem Herrn Lenzmann, der ein ganz braver Mensch aber sehr schlechter Musikant ist, rathen wir, etwas zu lernen und ein Bischen nachzudenken, dann wird er uns mit solchem Blech künftig verschonen. —

— Der gereinigte Kriegerverein. Wie der Phönix aus seiner Asche, so hat sich auf den Trümmern des aufgelösten Braunschweiger Landwehrvereins ein neuer Verein aufgeschwungen — so reinlich und so zweifelsohne, wie kein zweiter in deutschen Landen zu finden. Er führt daher auch den hehren Namen Kriegerverein „Wilhelm". Ueber eine Sitzung dieses Musterkindes lesen wir folgenden hübschen Bericht der regierungstreuen „Braunschweigischen Landes-Zeitung":

„Der Kriegerverein „Wilhelm" hielt am Sonnabend seine zweite Versammlung ab, an welcher etwa 100 Kameraden theilnahmen. Der zweite Präsident, Rechtsanwalt Nessig, hieß die Anwesenden willkommen und eröffnete mit einem Hoch auf Se. Majestät die Versammlung. Genannter Herr hielt es für seine Pflicht, diejenigen Kameraden, welche bis zur Auflösung des Kreislandwehrvereins noch Mitglieder desselben gewesen, aufmerksam zu machen, daß diese vor Ablauf von drei Monaten dem neuen Vereine nicht beitreten könnten, um die Achtung vor dem Gesetze zu wahren. Darauf wurden die Statuten eingehend verlesen. Der Vorsitzende bittet jeden Kameraden, sich ernstlich zu fragen, ob er die Satzungen unterschreiben könne. Dann zirkulirte ein Schriftstück folgenden Wortlautes: „Ich verpflichte mich auf mein Ehrenwort, mein Leben sowohl innerhalb als außerhalb des Vereins den Satzungen desselben gemäß einzurichten und bekräftige dieses durch meine Unterschrift." Nachdem über die Unterschriebenen einzeln abgestimmt, war die Zahl der Mitglieder des neuen Vereins bis auf 80 gestiegen. Für die Folge wird der Vorstand, erweitert durch eine Aufnahmekommission, aus fünf Mitgliedern bestehend, über die Aufnahme angemeldeter Kameraden entscheiden. Um zu bezeugen, daß es hauptsächlich darauf ankomme, einen Kriegerverein im wahren Sinne des Wortes zu gründen, dem alle materiellen Vortheile Nebensache sind, wurde von der Gründung einer Sterbekasse vorläufig Abstand genommen. Kaisers Geburtstag wird in Danne's Restaurant festlich begangen werden, und es sind die Kameraden damit beauftragt, für Unterhaltung des Abends zu sorgen. Auch wurde in Rücksicht auf die Kasse beschlossen, daß jeder Theilnehmer ein Entree zu bezahlen habe. Damit war die Tagesordnung erledigt. — Möge der junge Verein immer mehr gedeihen, die Wurzel echt patriotischen Geistes immer fester Boden fassen und das Werk ein gesegnetes sein."

Amen!

— Solidarität. Wir erhalten folgende Zuschrift aus Paris:

„Werthe Genossen! Wir senden Euch in diesem Briefe die Summe von Fr. 108 80, den Ertrag der von der Föderation des Zentrums veranstalteten Sammlung zu Gunsten des Wahlfonds der deutschen Sozialdemokratie.

„Der Betrag ist nur ein geringer und kommt sehr spät, aber wir haben die Sammlung leider zu spät in die Hand genommen, um sie rechtzeitig senden zu können. Es ist das erste Mal, daß eine derartige Sammlung versucht wurde, und Ihr könnt Euch denken, wie sehr sie den Zorn unserer Bourgeoisie im klassischen Lande des Chauvinismus erregen mußte. Ganz anders war dagegen die Wirkung auf unsere Arbeiterklasse; bei keiner Gelegenheit, in keiner Versammlung unterließ sie es, ihre Sympathie mit ihren Brüdern jenseits des Rheines auszudrücken. Das wüthende Gekläff unsere Bourgeoispresse, als die französischen Arbeiter bei der Beerdigung Ballès' dem Kranz der deutschen Sozialisten Respekt verschafften, fand keinen Widerhall. Der erste Schritt zur Wiederherstellung der internationalen sozialistischen Partei ist geschehen; in kürzester Frist werden wir mit unserem Programm, welches auch das Eure ist, in den Kampf ziehen, und können wir nur wünschen, daß es, wenn auch nicht so großartig wie seitens des arbeitenden Deutschlands — unsere Mittel und unsere Organisation sind noch zu unbedeutend dazu — doch glänzender aus ihr hervorgehen möge als bisher.

In der Hoffnung, daß wir Euch bei einer anderen Gelegenheit unser Solidaritätsgefühl auf eine wirksamere Art werden beweisen können, senden wir Euch unseren brüderlichen Gruß.

Euch und der Revolution ergeben!

Für die sozialistische Föderation des Zentrums
der französischen Arbeiterpartei;
Der Sekretär:
L. Alexandre."

Wir begrüßen dieses Zeichen der Solidarität unserer französischen Genossen mit lebhafter Genugthuung. Ob der Betrag groß oder gering, das kommt in diesem Falle wenig in Betracht. Ein Jeder gibt nach Maßgabe seiner Mittel — unbedingt aber ist diese Beisteuer zu dem Wahlfond unserer Partei ein Beweis, daß es den Spendern ernst ist mit der Versicherung ihrer Solidarität, daß sie es sich nicht bei der Phrase begnügen lassen wollen; und das ist die Hauptsache.

Im obigen Briefe wird Frankreich das klassische Land des Chauvinismus genannt. Nun ja, der Name stammt von dort her, was aber die Sache: den Nationaldünkel, anbetrifft, so dürfte das heutige offizielle Deutschland Frankreich hierin nicht zurückstehen. Ja, wenn man gewisse Erscheinungen beobachtet, so möchte man zu dem Schluß kommen, daß die deutschen Chauvinisten den französischen heute um ein gutes Stück „über" sind. Soviel ist jedenfalls sicher, daß die Opposition gegen den Chauvinismus zu keiner Zeit in Frankreich größer war als gerade heute, was man von Deutschland leider nicht behaupten kann.

— Staatssozialismus im Klassenstaat. Wir lesen in der Hamburger „Bürgerzeitung":

„In der staatlichen Zigarrenfabrik zu Stein wurden im Jahre 1884 von 360 Arbeiterinnen, welche das ganze Jahr als Puppenmacherinnen und Spinnerinnen beschäftigt waren, 32 773 000 Stück Zigarren verfertigt, für welche der Betrag von 66 623 fl. 16 kr. als Arbeitslohn ausbezahlt wurde. Nach den einzelnen Sorten stellte sich der Verdienst folgenderweise. Es wurden produzirt:

			Arbeitslohn per 500 Stück	Summe
843 000	Stück	Britannica . .	fl. 1.40	fl. 2 360.40
108 000	„	Havanna . . .	„ 1.32	„ 285.12
1 556 000	„	Kuba zu 5 kr. .	„ 1.16	„ 3 609.92
7 498 000	„	Kuba zu 4 kr. .	„ 1.09	„ 16 345.64
1 468 000	„	Portoriko . . .	„ 1.03	„ 3 024.08
17 261 000	„	Kurze zu 2 kr. .	„ 1.00	„ 34 522.00
4 039 000	„	Lange zu 1½ kr. .	„ 0.97	„ 7 835.66
32 773 000	Stück	Zigarren.	Gesammtsumme	fl. 67 982.82
		Hiervon Abzug 2 pCt. für die Krankenkasse		„ 1 359.66
		bleibt für 360 Personen per Jahr		fl. 66 623.16

Hiernach entfällt also auf die einzelne Arbeiterin ein Lohn von zirka 185 fl. = Mk. 310 jährlich, von 15 fl. 42 kr. = Mk. 25 70 monatlich, und von 3 fl. 55 kr. = Mk. 5 wöchentlich. Das praktische Christenthum" scheint demnach bei der Verwaltung monopolisirter Industriezweige nicht immer sehr wirksam zu sein."

Natürlich. Denn wo der Klassenstaat „Sozialismus" treibt, da thut er es im Interesse seines Geldbeutels, und nicht im Interesse seiner Arbeiter, weshalb wir uns auch gegen diesen Staatssozialismus von jeher sehr skeptisch verhalten haben.

— Die Dynamiterei wird nachgerade zum Kinderspott. So schreibt man aus Königsberg: Hier spukt die Anarchisterei oder besser gesagt die Dynamitattentateret. Unsere Polizei treibt sich bei Tag und Nacht vor dem Bankgebäude herum; am 22. März wurde ein Lausbursch, welcher ahnungslos mit einem Paket getrollt kam und sich am Bankgebäude ausruhen wollte, verhaftet und auf Dynamit untersucht. — Der Blödsinn treibt köstliche Blüthen, kein Mensch mit Ausnahme der Polizei nimmt die Sache hier ernst.

— Ein praktischer Kniff. Der Kreistaxator Huber in Gumbinnen, schreibt man uns von dort, gibt Leuten, welche nachweisen, daß sie konservativ sind, eine Bescheinigung, auf welche sie die reptilistische „Litthauische Zeitung" für — zwei Mark — erhalten. Die konservative Politik hält fest an dem famosesten ihrer Programmpunkte — eine Hand wäscht die andere, natürlich so lange bis es gelegentlich an's Kopfwaschen geht.

— Frankreich. In Bezug auf die neulichen Ausweisungen wird uns geschrieben:

Ihre Notiz in Nr. 22 läßt es zweifelhaft erscheinen, welcher Partei der Ausgewiesene Ostermann angehört, es sei daher konstatirt, daß derselbe Gesinnungsgenosse ist.

Es wurden an jenem Tage acht Personen „per Schub" aus Frankreich befördert, und zwar drei Irländer: E. Davis, James Stephens und Mortimer Leroy; drei Deutsche: Heß, Schuhmacher, Sigismund Folze und Julius Ostermann, Schreiner; ein Pole: J. Besedowski und ein Italiener, Namens Mateucci, seinerzeit Redakteur des „Popolo".

Heß und Folze hatten sich bis dahin niemals an irgend einem politischen Verein betheiligt, noch je eine politische Versammlung besucht — hoffentlich bringt sie die jetzige Erfahrung zur Einsicht!

Wenn Sie schließlich meinen, daß die Gründe zu Ostermann's ꝛc. Ausweisung „die Götter" wissen, so will ich an diesem Ausdruck nicht mäkeln, doch bitte ich Sie, hinzusetzen, daß wir diese „Götter", welche schon vor zwei Jahren den Genossen Blum und Scheuermann zur Ausweisung verhalfen, noch zur Verantwortung zu ziehen gedenken.

Beiläufig wurde zweien der Ausgewiesenen erst an der Grenze mitgetheilt, sie seien ausgewiesen worden, weil sie sich an einer Demonstration betheiligt hätten.

Kommentar überflüssig.

Korrespondenzen.

p-n. **Königsberg** i. Pr., Anfang März. (Verspätet.) Am letzten Mittwoch im Februar veranstalteten die hiesigen Genossen eine Demonstration gegen die infame Interessenpolitik, die sich jetzt in dem Bismarckschen Marionettentheater, genannt Reichstag, breit macht. Sie hatten eine Versammlung zur Besprechung der Getreidezölle einberufen. Der große Saal der hiesigen Bürgerressource war dicht besetzt. Genosse Herbig referirte unter vielem Beifall der Anwesenden, gab ein Bild der Grundbesitzverhältnisse in Deutschland und zeigte, wie nur die Großgrundbesitzer von dieser neuen „Sozialreform" Vortheil, dagegen städtische und ländliche Arbeiter Nachtheil hätten. Nach ihm sprach Genosse Godau, der heiser war und dies damit erklärte und entschuldigte, daß er eben eine „Vergnügungsreise auf Staatskosten" gemacht habe; er hatte nämlich den fünfwöchentlichen Rest einer Strafhaft wegen „Majestätsbeleidigung" abgebüßt. Als er erklärte, daß die Majorität im Reichstage die Gesetzgebung benutzt habe, um ihre Interessen zu fördern, löste Oberkommissar Böttcher — unser alter Bekannter aus der Wahlzeit — die Versammlung auf. Die Wuth und Erbitterung über diese brutale Vergewaltigung war eine grenzenlose; nur langsam leerte sich der Saal, und der Polizist bekam einige Liebeserklärungen zu hören, an die er nicht gerne zurückdenken wird. Auf der Straße kam es noch zu einigen Reibereien; ein Bourgeoislümmel, der einen Arbeiter wegen Hochrufens auf die Sozial-

demokratie denunzirte, erhielt seine wohlverdienten Prügel. Die alten Weiber beiderlei Geschlechts sahen erschreckt aus den Fenstern, sie fürchteten wahrscheinlich schon, daß es „losgehe". Die Genossen formirten sich schließlich und mit dem Gesang der Marseillaise zogen sie vor Godau's Wohnung, wo sie diesem ein dreimaliges Hoch ausbrachten.

Wie gefällt Ihnen diese „radikale Bourgeospartei", Herr von Puttkamer? Sie meinten ja, daß mit Hülfe Ihrer „erzieherischen Wunderkur" die Sozialdemokratie sich dazu entwickeln werde. Auf dem besten Wege dazu scheint sie uns nicht zu sein, und wir wissen darum auch nicht, worüber wir uns mehr wundern sollen, über die Naivetät oder die Unverfrorenheit, die sich in jenem Ausspruch zeigt. Ein Preisausschreiben zur Entscheidung dieser Frage wäre vielleicht am Platze. „Naiv" ist der Ausspruch, denn der Reichspolizeiminister zeigt dadurch, welche kolossale Unkenntniß der Geschichte er besitzt; die Zeit der Bourgeoisie ist vorbei, und der „Sozialdemokrat", der radikaler Bourgeois sein würde, könnte für sich allein eine Partei bilden; bei keinem Arbeiter fände er Boden, denn der heutige klassenbewußte Proletarier ist (hu, hu, Herr „Reichsminister") ein Revolutionär! Unverfroren ist diese Aeußerung aber auch, denn sie zeigt, wie die Regierung darauf ausgeht, durch ihre „Sozialreform" und ähnlichen Humbug die kraftvolle Proletarierbewegung zu korrumpiren und in die Geleise der Farb- und Charakterlosigkeit zu bringen. Korrumpiren sollen die bekannten Liebeserklärungen des „großen" Otto, die Bebel sehr gut als reinen Hohn bezeichnete. Doch der intelligente Proletarier läßt sich nicht korrumpiren, und die Regierung kann sich freuen, daß dem so ist. Hätte sie mit ihren schuftigen Machinationen Erfolg, so hätte sie auch den Nihilismus, weil dann nur noch ein Verzweiflungskampf der nicht Verdorbenen möglich wäre. Der Proletarier ballt offen und ingrimmig die Faust gegen die heutige Schandwirthschaft, und wenn er sich auch heut, wie weiland Jesus aus Nazareth, sagt: „Meine Stunde ist noch nicht kommen," so weiß er doch, daß sie kommen wird und kommen muß! Der Proletarier wird nicht die Revolution verleugnen, wie Puttkamer es will, denn der ist ein schlechter Sohn, der seine Mutter verleugnet. Er weiß auch, daß er rettungslos verloren ist, wenn er gegen diese Gesellschaft nicht Krieg, Krieg und nochmals Krieg führt. Der Appetit kommt mit dem Essen: hätte er erst einmal erklärt, daß er kein Revolutionär sei, so würde die Regierung immer mehr verlangen, bis sie eines Tages vielleicht das Sozialistengesetz aufheben zu wollen verspräche, wenn wir — nicht nur unsere revolutionäre Vergangenheit ableugnen, sondern uns selbst den Strick um den Hals legen wollten, an dem sie uns hängen kann.

Ah, vortrefflich, daß die Schacherpolitik bei den Getreidezöllen wieder einmal der herrschenden Klasse ganze Gemeinheit gezeigt. Wir freuen uns dessen, und werden darum weiter arbeiten und untergraben, bis man von Neuem, wie an jenem Abend im Februar, aber voraussichtlich mit etwas mehr Nachdruck wird singen hören:

Marsch, marsch! Marsch, marsch! Und wär's zum Tod!
Denn uns're Fahn' ist roth.

Hamburg, 15. März. Die Abstimmung im deutschen Reichstag über die 20 000 Mark und die Haltung der 21 „freisinnigen" Jasager hat die hiesigen „Fortschrittler" doch etwas verschnupft, denn man merkt's an ihren Zeitungen, in denen sie, wenn auch nur verhüllt, ihrem Unmuth Ausdruck geben. Allein dessenungeachtet gibt es doch einen großen Bruchtheil „Fortschrittler" hier, die das Verhalten der „Jasager" gutheißt, und just diese sind die Einflußreichsten. In einer neulich abgehaltenen Mitgliederversammlung der „freisinnigen Partei" äußerte sich der „große Fortschrittsheld des Nordens", Dr. Gieschen, folgendermaßen: „Meine Herren, wir müssen versuchen, alle liberalen Elemente Hamburgs zu vereinigen, um mit Erfolg gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, Front machen zu können," — mit andern Worten: wir müssen bei der nächsten Wahl nur Mischmaschkandidaten aufstellen, Leute, die für Alles stimmen, auch wie im vorliegenden Falle für die völlige Unterwerfung des Reichstags unter den Willen Bismarcks, und diese Ansicht fand großen Beifall. Wenn auch der Wunsch Dr. Gieschens insofern in Erfüllung geht, daß die hiesigen liberalen Elemente sich einigen, so werden sie die hiesige Sozialdemokratie doch nimmermehr besiegen; der Liberalismus hat sich hier einfach abgewirthschaftet.

Poeßneck in Sachsen-Meiningen. Nachdem die Wahlkampagne hinter uns liegt, ist es wohl an der Zeit, wenn auch wir im Parteiorgan etwas von uns hören lassen. Für diesmal ist es uns noch nicht gelungen, unsern Genossen Viereck durchzubringen; es ließ übrigens die Agitation auch viel zu wünschen übrig. Viereck hatte seine ganze Zeit dem Leipziger Stadt- und Landkreise gewidmet, und in Folge dessen hatten wir in unserm 2. Meininger Wahlkreise nur 4 Versammlungen; Viereck sprach in Sonneberg, Saalfeld und Poeßneck, Kühn (Gera) in Poeßneck. Die Städte Camburg, Kranichfeld, Gräfenthal, Lehesten, Schalkau, sowie der industriereiche Lauscha- und Hüttengrund und das ganze Sonneberger Hinterland waren leer ausgegangen. Der „nervus rerum" fehlte gänzlich, das Ausstellen eines Tellers bei den Volksversammlungen, welches uns früher immer zur Deckung der Unkosten verhalf, wurde uns diesmal vom Ministerium verboten; und somit war es noch als ein günstiges Zeichen zu betrachten, daß wir unsere Stimmenzahl vom Frühjahr nicht nur erhielten, sondern noch verstärkten; trotzdem Witte und Jerusalem,*) Ersterer mit Hülfe der Sonneberger Fabrikanten und Letzterer unterstützt durch Amtsrichter Trinks-Saalfeld, jedes Dorf mit ihrer Gegenwart beehrten und ihren Kohl abluden.

Diesmal ist der Sozialistengesetzverlängerer Witte noch mit Hülfe der Arbeiter durchgekommen, doch wird dies wohl das letzte Mal sein, arbeiten uns doch freisinnige und national-servile Fabrikanten förmlich in die Hände. Eine der größten Ausbeuterfirmen in Poeßneck ist die Porzellanfabrik von Conta & Böhme. Diese nette Gesellschaft schindet aus ihren nach Hunderten zählenden Arbeitern alljährlich Riesensummen heraus, da die Arbeiter alles Material: als Farben, Pinsel, Gold u. s. w., von der Firma entnehmen müssen, wobei diese sauberen Herren stets 33—50 Prozent Profit nehmen; den weiblichen Arbeitern werden auch noch obendrein 5 Pfg. von der Mark als Zählgeld abgezogen. An einem Loth Goldfarbe verdienen diese Blutsauger in Menschengestalt 4 Mark, und oftmals braucht ein Maler den Monat 2—3 Loth. Die Arbeitslöhne werden von Jahr zu Jahr schlechter, denn der Hof—meister Christian Lindner (ein verdorbener Schauspieler, dessen Herr Papa auf dem meiningen'schen Zuchthause Maßfeld geendet) sucht auf alle Art und Weise den Arbeitern das Geld aus der Tasche zu stehlen; hoffentlich erhält dieser Erzlump auch noch den gnädigen Fußtritt.

Als Kuriosum sei erwähnt, daß bei Gelegenheit eines fünfzigjährigen Arbeiter-Jubiläums der Jubilar, ein Porzellanmaler Namens Haubold, eine — silberne Zuckerzange erhielt. Eine silberne Zuckerzange! Welche Ironie. Oftmals hätte der alte 80jährige Mann zu beißen, wenn ihm die Arbeiter nicht freiwillig aus ihrer Krankenkasse eine Invalidenunterstützung bewilligt hätten; aber er hat ja eine silberne Zuckerzange, und das — genügt!

Ein Arbeiter, Kallenbach, welcher 56 Jahre in der Fabrik gearbeitet, wurde, da er das nicht mehr leisten konnte, was der Lindner von ihm forderte, auf die Straße geworfen und starb über'm Steineklopfen am Hungertyphus!

Das vereinigte Maler-, Dreher- und Formerpersonal dieser Fabrik gründete vor zirka 75 Jahren eine Krankenkasse; die Steuern wurden von der Firma allmonatlich vom Lohne abgezogen, und die Kasse durch die „Herren" ver—waltet. Nachdem nun das Krankenkassengesetz, die geniale Idee des großen Barzinesen, in Kraft getreten, gründeten die Arbeiter eine freie Hülfskasse und beschlossen, ihr ersparies Geld, zirka 9000 Mark, zu vertheilen, gleichwie es alle Fabrikkassen gethan; doch die edlen „freisinnigen Arbeitgeber" weigern sich, das ersparte Geld der Arbeiter herauszuzahlen; wer es fordert, erhält „Feierabend". Mit der Hungerpeitsche sollen die Arbeiter gezüchtigt werden. Manchem Familienvater wäre geholfen, wenn er jetzt, wo der strenge Winter vorbei ist und die Kassen leer geworden, 70—80 Mark Krankenkassengeld erhielt. Ob sich nur diese nette Clique nicht schämt, wenn sie darüber nachdenkt, wer ihnen die Fabriken, die Grundstücke, die Forsten und Rittergüter erworben hat: der verdorbene Schauspieler Chr. Lindner oder die übrigen langjährigen Arbeiter?!

Die schlimmsten von der Firma Conta & Böhme, sind die Herren Hermann und Robert Conta. Ersterer ist ein Erzknauser und Geizhals seinen Arbeitern gegenüber, und Letzterer sucht das Geld, welches er als ehemaliger Lieutenant bei den rheinhessischen Dragonern in Darmstadt mit feilen Dirnen im Champagner verjubelt, aus dem armen Arbeitspersonale herauszuschinden. Daß diese „herrlichen Zustände" uns die Arbeiter en masse in die Arme treiben, liegt klar auf der Hand. Aber der Krug geht so lange zum Wasser, bis er bricht. —i—

*) Dieser Herr spielte bekanntlich im Jahre 1875 mit der Ehefrau des Hauptmanns von Heidebrenk in Hildesheim Adam und Eva.

Mülhausen im Elsaß, 16. März. Wir hätten noch Einiges zur Kenntniß der Genossen zu bringen, betreffend das Nachspiel der Wahlkampagne.

Es wurden nämlich zwei Flugblatt-Vertheiler ertappt, und nachdem sich die Behörden alle Mühe gegeben hatten, zu ermitteln, von wem die Aufrufe eigentlich herrührten, wurde der Eine, Jacques Buegg, am 5. Januar zu 3 Tagen Gefängniß und 40 Mk. Geldstrafe (eventuell (8 Tage Haft) verurtheilt.

Angeklagter berief sich auf § 43 Abs. 3—4 der Gewerbeordnung, und las die betreffenden Paragraphen dem Gerichte vor. Dasselbe verwarf aber seine Berufung und fällte das Urtheil nach französischen Preßgesetz vom Mai 1849, mit dem Bemerken des Vorsitzenden, daß Angeklagter sich auf ein Gesetz berufe, welches im Elsaß keine Geltung habe.

Der andere „Verbreiter", Adolf Schenk, wurde am 16. Februar zur nämlichen Strafe wie Buegg verurtheilt, obschon er nicht auf der That ertappt worden war, sondern auf die bloße Aussage eines Polizei-Schurken, Bentz (Elsässer), hin, welcher einen Eid schwur, er habe gesehen, wie Schenk die Wahlaufrufe in die Gärtchen warf, obschon sämmtliche noch verpackt waren, als ihn der obengenannte Polizeilump arretirte.

Wenn wir nun hier auch weit schwieriger zu kämpfen haben als die Genossen im übrigen Deutschland, so gehen wir doch vorwärts — trotz Zahn*) und Diktatur.

Mit Gruß! D. l. Br. i. E.

*) Früherer Kriminalkommissar, jetziger Polizei-Inspektor, Nachfolger Kaltenbach's.

Sprechsaal.

Würzburg, 19. März.

Es wird Jedem die geringe Stimmenzahl aufgefallen sein, welche bei der letzten Wahl hier auf den sozialistischen Kandidaten fiel. Die dermaligen volksparteilichen Söldlinge Rick, Herbig und Krapf arbeiteten im Auftrag ihres Brodgebers für den verschwommenen nichtssagenden Köhl stets gegen die Arbeiterpartei. Am 28. Oktober v. J. wurden die Genannten deshalb für unwürdig erklärt, ferner als Parteigenossen betrachtet zu werden, und zwar aus folgenden Gründen:

Stefan Herbig, Schneider, weil er die Partei-Institute an allen Orten anschwindelt und betrügt, anvertraute Gelder gewohnheitsmäßig unterschlägt, die Partei ausbeutet und durch Denunziation in jeder Art und Weise zu schaden sucht.

(Ist auch anderseits wegen Unterschlagung anvertrauter Parteigelder für die „Schwarze Liste" angemeldet. Expedition des „Soz.")

Rick, Schneider, weil er bei allen öffentlichen volksparteilichen Versammlungen zustimmende ꝛc. Erklärungen Namens unserer Partei abgab und, ohne hiezu von den hiesigen Genossen autorisirt gewesen zu sein, es besonders als Parteisache proklamirte, die Wahl Köhl's zu unterstützen. Rick hatte nie einer Wahlbesprechung unserseits beigewohnt, fälschte also die gegebenen Zustimmungserklärungen und bewegte sich stets im volksparteilichen Lager. Er scheint die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß bei der Arbeiterpartei für ihn nichts mehr zu holen sei.

Krapf, weil er allen öffentlichen Inseraten seinen Namen lieh, die von Verleumdungen gegen unsere Partei strotzten und von denen er wußte, daß sie absolut unwahr seien.

Der Antrag auf Ausschluß der drei Renegaten aus der Partei wurde von sämmtlichen anwesenden hiesigen Genossen ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die Veröffentlichung im Parteiorgan erfolgt verspätet, weil wir zuvor die Ausgeschlossenen vollends ganz im Stillen abwirthschaften lassen wollten. Appellirt haben sie unseres Wissens gegen ihre Ausschließung hier nirgends und wir warnen hiermit öffentlich vor denselben.

Als hier der Wahlverein gegründet war, wurde in dem arbeiterfreundlich sein wollenden „Würzburger Journal" derselbe als ein „sozialdemokratisches Machwerk" denunzirt, die Gründer mit Namen bezeichnet und gesagt, daß dies dieselben seien, die bei der letzten Wahl die Kandidatur Bebel poussirten, sowie daß es Thatsache sei, daß der Verein sich in dem Lokale des Schreinerfachvereins konstituirt habe. Die Polizei war infolgedessen eiligst bei der Hand. Der Denunziant, dreifache Renegat und Reichsreptil Anton Memminger und der Wirth, der in Erfahrung gebracht, wo die Versammlung stattgefunden hatte, wurden vernommen. Man möchte sie gerne zu einer „geheimen Versammlung" stempeln, aber es scheint nicht gehen zu wollen. Um nun aber doch Furcht zu verbreiten und einzuschüchtern, hat unsere wohllöbliche Polizei von sämmtlichen Wahlvereinsmitgliedern Führungsatteste aus der Heimath gefordert und zugleich den Arbeitgebern mitgetheilt, daß sie Sozialdemokraten beschäftigen; sie ist aber bei einigen schief angekommen.

Man kann sich denken, daß durch diese elenden Polizeichikanen die Angehörigen der Betreffenden vielfach in Sorgen und Bestürzung getrieben wurden.

Einer der auf diese Weise „Gebrandmarkten" ist bei Nacht und Nebel fort (es war ein Aengstlicher), weil er von daheim einen Brief bekam, „er möge gestehen, was er begangen habe." (!)

Wenn durch eine solche niederträchtige und nichtswürdige Manipulation diese Ordnungsbanditen glauben, Verwirrung und Furcht in unsere Reihen bringen zu können, dann täuschen sie sich. Das ist für uns die beste Reklame. Die Rüpelhaftigkeit der hiesigen Oberpolizisten ist sattsam bekannt; gegen die geknebelte Arbeiterschaft hat man Kourage, aber gegen die korrumpirte Bourgeoisie — ja, da heißt es: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.

Für die künftige Reichstagswahl, event. Auflösung ist man hier gesonnen, den Tünchermeister Röttinger von Heidingsfeld aufzustellen, womit wir die Parteileitung einverstanden halten.

Mit sozialdemokratischem Gruße!

Im Auftrag der hiesigen Parteigenossen:
Flammberg.

Partei-Archiv.

Für das Partei-Archiv gingen ein:

Von Sch. in Gumbinnen durch J. R., Oberstraß: Diverse Nummern der „Berliner Freie Presse", „Leipziger Volkszeitung", „Seeschlange", „Braunschweiger Volksfreund", „Freie Glocken" und „Menschenthum".

„ Batist, Anors: 1 1 J. Ferson, Idéalio.
1 L. Blanc, Le Centenaire de J. J. Rousseau.
2 B. Malon, Le Nouveau Parti.
1 Emile Gautier, Le Darwinisme Social.
1 B. Malon, Manuel d'économie sociale.
4 diverse Broschüren,

Um weitere Einsendungen ersucht

Die Archivverwaltung.

Briefkasten

der Expedition: Pater Placd. Br.: öwsl. 2 78 Ab. 2. Qu. pr. W. erh. — E. G. Rdvw.: Mk. 4 50 Ab. 2. Qu. u. 50 Pf. pr. Usd. dkd. erh. — Sch. B. O.: Mk. 4 40 Ab. 2. Qu. erh. — A. T. Rthsn.: Mk. 3 — Ab. 2. Qu. erh. — A. Sch. Altg.: 80 Pfg. f. d. Inf. erh. — Oncel: Mk. 20 20 à Cto. Ab. erh. Ebenso je Mk. 4 30 D. Ab. Qu., G. u. L. Ab. 2. Qu. Wir protestiren abermals gegen Zurückbehaltung der Schft.-Gelder durch D. Unterstützungsansprüche mag bei der Partei geltend machen. — H. K. Schg.: Mk. 12 60 Ab. 2. Qu. erh. — Gammelia: Mk. 2 50 pr. Usd. dkd erh. — Biroslay: Mk. 4 [illegible] Ab. 2. Qu. u. Rest 1. Qu. Dn. erh. — A. Lgr. Fbg.: Mk. 4 30 [illegible] 2. Qu. erh. — G. Z. M. i. W.: Mk. 18 — Ab. 2. Qu. erh. Br[illegible] zur Verdoppelung. — Dtschr. Verein Neuchatel: Fr. 5 — gesammelt der Märzfeier pr. Usd. dkd. erh. — Münster, Westf.: Mk. 2 — pr. M[illegible] v. d. P.-Gen. dkd. erh. — Rebus: Mk. 12 — Ab. Jan. u. Febr. [illegible] Adr. vervollständigt. — D. P. Nogs.: Fr. 5 45 Ab. 2. Qu. u. St[illegible] erh. — Liège H.: Fr. 15 — Ab. 2. Qu. erh. — A. P. Z.: Fr. 2 [illegible] Ab. 2. Qu. erh. — P. Schk. Glksdt.: Mk. 4 80 Abon. 1. u. 2. Q[illegible] u. Mk. 1 20 pr. Dsd. dkd. erh. — Nova: Mk. 4 30 Ab. 2. Qu. [illegible] Bstllg. u. Bf. folgt. — H. Nitzsche, N.-York: (10 Doll.) Fr. 54 [illegible] à Cto. Ab. ꝛc. erh. — Dr. H. B. G.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. Frisch auf Lgz.: Mk. 18 — Ab. 2. Qu. erh. Bravo! Bstllg. folgt. Schneekoppe: Mk. 14 40 Ab. 2. Qu. erh. Bstllg. notirt. — Trny [illegible] Fr. 2 — Ab. 2. Qu. erh. — — Schft.-Verkauf z. Märzfeier Zürich: Fr. 5 [illegible] (wovon 4 20 von Dmth.), Fr. 9 15 v. Rbld. u. Bli erh. — Sldbzk.: [illegible] — 75 f. Schft. erh. — Karl Werner jr.: Mk. 200 — à Cto. erh. St[illegible] folgen. Beil. besorgt. — G. R. Harly St. 9: Fr. 2 50 Ab. 2. Qu. [illegible] — J. Lz. Zug: Fr. 10 50 Ab. 1. Qu. erh. — E. L. Rbg.: Mk. 4 [illegible] Ab. 2. Qu. erh. — G. Stß. Mz.: Mk. 3 — Ab. 2. Qu. erh. — J. [illegible] St. Gallen: Fr. 4 50 Ab. 1. Qu. erh. — Paris, Fédération du Cont[illegible] Fr. 108 80 Sammlung der französischen Genossen zum Wahlkampf [illegible] deutschen Soz. dkd. erh. — Guill. & Cie. Paris: Fr. 2 50 Ab. 1. F[illegible] bis 1. Mai erh. — Preßburg: öwsl. 7 — Ab. 2. Qu. erh. Alles be[illegible] tet. — G. Sch. Grsch.: Fr. 5 — Ab. 3. u. 4. Qu. 84 und 1. Qu. [illegible] erh. Bf. fort. — H. O. Paris: Fr. 6 — Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. [illegible] C. Pp. B.: Mk. 3 — Ab. 2. Qu. erh. — A. G. H. a/Neck.: Mk. 5 [illegible] Ab. 2. Qu. erh. — R. H. 4: Mk. 4 30 Ab. 2. Qu. erh. Wird besor[illegible] — Nero: Alle Bse. pünktl. fort. Adr. notirt. Beilage besorgt. —

Danksagung.

Allen Freunden und Parteigenossen von nah und fern für [illegible] Glückwünsche zu meinem 77. Geburtstag (19. März) meinen herzlich[illegible] Dank.

Joh. Ph. Becker,
Maison, d'Ecole, Eaux Vives, Genève.

Den Bestellern der

Winke und Rathschläge zur Agitation

hiermit zur Nachricht, daß Neuauflage erst bewirkt werden ka[illegible] wenn eine bestimmte größere Anzahl fest bestellt ist.

Wir bitten deshalb zur Beschleunigung um allseits umgehen[illegible] Bestellung.

Die Expedition des „Sozialdemokrat."

Ein Vergolder-Gehülfe, 24 Jahre alt, welcher selbständ[illegible] arbeitet und zugleich in Bildereinrahmungen perfekt ist, su[illegible] dauernde Stellung, am liebsten bei Genossen. Adressen erbeten an [illegible]
[80] Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Unsern Abonnenten in der Schweiz

zur gef. Kenntniß, daß wir diejenigen bisherig[illegible] Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes [illegible] Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für d[illegible] laufende Quartal als Abonnenten vortragen u[illegible] Nachnahme sofort nach Ausgabe von Nr. 15 erhe[illegible] werden, sofern die betreffenden Abonnementsbeträ[illegible] nicht schon eingesandt wurden.

Abonnements auf den „Sozialdemokrat"

werden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — [illegible] wohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgeg[illegible] genommen bei folgenden Filialen und Verkaufsstellen:

Zürich Volksbuchhandlung, Casinostrasse 3, Hottingen.
Winterthur Deutscher Arbeiterverein, Haldenstrasse.
Aarau E. Gennert, Ziegelrain 705.
Basel C. Pinkert, Hardstrasse 99.
Bern Restaurant Schmutz, Aarburgerstrasse 52.
Deutscher Verein.
Chur F. Pfaum, Buchdruckerei Conzett.
Zug J. Lanz, im Allgem. Arbeiterverein.
Luzern W. Wagner, Hofstrasse 41 a.
Genf Deutscher Verein.
Frauenfeld Deutscher Verein.
Lausanne Arbeiter-Leseklub, „Café Vaudois", Place de Riponne.
St. Imier Deutscher Verein.
Biel Rob. Kohl, Deutscher Verein.
Schaffhausen L. Vogler, zum goldenen Schwanen.
Paris A. Vogel, Passage Rochebrune 8.
André Sondag, 13 rue d'Atlas (Villette).
J. Finkelmeyer, chez Mr. Rheingans, 3 rue Keller.
Kopenhagen K. C. Hördum, Römersgade 22 Stuen.
Brüssel (bei bekannten Adressen).
Liège Café des quatre Nations, rue Chapelle des Clercs.
Verviers Charles Picreaux, 20 rue de Luxembourg, Andrimo[illegible]
Amsterdam Café Cosmopolite, Dykstr. 33.
Antwerpen Ph. Coenen, rue Dambrugge 11.
London H. Rackow, 35 Charlotte Street Fitzroy Square W.
Mr. Schweitzer, 38 Church Lane, Court Road.
Mr. H. Schackwitz, Friseur, 10 Featherstone Str., C[illegible]
Mr. Taube, Edward Street, Soho.
J. W. Goedbloed, Tobacconist, 29 Foley Str[illegible] Cleveland Street.
Castleford bei Yorkshire Theobald Völkel, 1 Dontonterras[illegible]
Glasgow A. Schneider, 97 Parlamentary Street.
Bukarest Carl Bindan, Strada Catun 14.
New-York John Heinrichs, 175 Orchard Street.
H. Nitzsche, 548, 9. Avenue, City.
Jos. Strauss, 356 East. 19 Street.
A. Höhne, care of „New-Yorker Volkszeitung" 184 William Street.
Jean Gross, 176 Ost 3. Street.
Philadelphia W. F. Schmidt, Nr. 613 Callowhill Str[illegible] care of Philad. Tageblatt.
F. W. Fritzsche, 325 Callowhill Street.
Chicago Jll. A. Lanfermann, 349 Divisionsstreet.
W. Langner, S. W. Alport Str. 692.
Cincinnati, O. C. Schumann, 16 Mercer Street.
St. Louis, Mo. Gebr. Herminghaus, 1805 Franklin Avenue.
Lawrence, Mass. E. Dick, 118 Essex Street.
Buenos-Aires Aug. Latzky, Calle de Montevideo 89.
San Francisco, Cal. C. Blass, Natoma Street 611.

Die Expedition des „Sozialdemokrat".